

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 80 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 16. Januar 1892.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Meissenstraße 12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Bezugnehmend auf die in Nummer 2 der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Bekanntmachung, den Gewerkschafts-Kongress in Halberstadt betreffend, bringen wir noch Folgendes zur Kenntniss unserer Mitglieder:

Für die Vertretung auf dem Kongress gab die Berliner Gewerkschafts-Konferenz folgende Bestimmung: Zentralorganisationen bis zu 1000 Mitgliedern entsenden einen Delegierten, größere Organisationen für jedes weitere 1000 ebenfalls einen Delegierten.

Nach der neuesten Zusammenstellung ergibt sich für den Metallarbeiter-Verband eine Mitgliederzahl von 22 869. Demzufolge wurde beschlossen, den Verband durch 22 Delegierte vertreten zu lassen.

Wir haben nun unsere Mitgliedschaften in Wahlkreise eingetheilt, die 1000 resp. 2000 und mehr Mitglieder umfassen.

Wie viel jede Wahlabtheilung Delegierte zu wählen hat, ist in der Wahlkreiseintheilung bei jeder Abtheilung am Schlusse mit einer fettgedruckten Ziffer bemerkt.

Wir ersuchen nun die Ortsverwaltungen sofort Mitgliederversammlungen einzuberufen, in denen so viel wie die Abtheilung Delegierte zu wählen hat, Kandidaten vorzuschlagen sind. Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen bis spätestens den 25. Januar dem Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees (siehe Wahlreglement) mitgeteilt werden, später vorgeschlagene können nicht berücksichtigt werden.

Nachdem die sämtlichen Kandidatenvorschläge bei dem Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees eingegangen, hat derselbe jeder Ortsverwaltung des Wahlkreises diese sämtlichen Vorschläge ungesäumt mitzutheilen, damit die Wahlen rechtzeitig stattfinden können.

Auch ersuchen wir die Ortsverwaltungen dringend, daß sie das Wahlreglement genau beachten, damit Unregelmäßigkeiten vermieden werden.

Wahlreglement.

1. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Verbandsmitglied. Wählen kann ein Mitglied nur in der Wahlabtheilung, in welcher es zur Zeit in der Mitgliederliste als zahlendes Mitglied eingetragen ist; gewählt können jedoch auch solche werden, die in einer andern Wahlabtheilung in der Liste stehen.

2. Die Ortsverwaltung derjenigen Verwaltungsstelle, deren Name in der Wahlabtheilungs-Bekanntmachung fett gedruckt ist, bildet im Verein mit vier aus der Mitgliederzahl derselben Verwaltungsstelle zu wählenden Besitzern das Zentralwahlkomitee für die Wahlabtheilung. Die vier Besitzer sind in der Mitgliederversammlung, in welcher die Wahl der Delegierten vorgenommen wird, zu wählen. Als Besitzer sind nur solche Mitglieder wählbar, welche nicht als Kandidat aufgestellt sind. Bis zur erfolgten Wahl der vier Besitzer hat die Ortsverwaltung die etwa nöthigen Wahlarbeiten allein zu besorgen. Der Bevollmächtigte fungirt als Vorsitzender.

3. Die Wahl der Delegierten hat in einer von jeder Ortsverwaltung einzuberufenden Mitgliederversammlung bis spätestens zum 6. Februar stattzufinden.

Die Wahl erfolgt mittelst Stimmzettel

und sind vor Abgabe derselben die Namen sämtlicher Kandidaten den Mitgliedern in verständlicher Weise mitzutheilen. Jedes wählende Mitglied erhält einen mit dem Stempel der Verwaltungsstelle versehenen Stimmzettel und kann eigenhändig bei der Wahl auf diesen Zettel so viel Namen verzeichnen, als die Wahlabtheilung Delegierte zu wählen hat. Auch solche Stimmzettel, welche orthographisch unrichtig sind, sind für gültig zu erklären, nur müssen dieselben so geschrieben sein, daß die Namen deutlich zu erkennen sind.

4. Ueber die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben ist ein Protokoll, welches von der ganz-n Ortsverwaltung unterzeichnet sein muß, aufzunehmen, außerdem ist eine Liste zu führen, in welche jedes Mitglied, welches an der Wahl theilnimmt, seinen Namen zu verzeichnen hat. Diese Wählerliste nebst Protokoll und Stimmzettel ist bis spätestens 15. Februar an den Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees der Wahlabtheilung, in Couvert verschlossen und mit dem Vermerk „Stimmzettel“ versehen, einzusenden. Später eingehende Stimmzettel können nicht berücksichtigt werden.

5. Nach Eingang der Stimmzettel und Protokolle hat der Vorsitzende sofort das Zentralwahlkomitee zu einer Sitzung einzuberufen, welche thunlichst auch den übrigen Mitgliedern zugänglich zu machen ist. In dieser Sitzung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Verwaltungsstellen durchgesehen, die Stimmzettel geprüft und das Wahlergebnis festgestellt.

6. Gewählt als Delegierte sind die Mitglieder, welche die höchste Stimmenzahl erhalten, falls sie wenigstens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmzettel erhalten haben. Steht sich eine absolute Majorität überhaupt nicht, oder nicht für die gesammte Zahl der zu wählenden Delegierten heraus, so ist für die, welche nicht gewählt sind, eine Stichwahl zu veranstalten, zu welcher von den Kandidaten nur diejenigen in Frage kommen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben, und zwar immer nur einer mehr, als die Zahl der noch zu wählenden.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. 7. In den beiden letztgenannten Fällen hat der Vorsitzende die Stichwahl resp. Auslosung sofort zu veranlassen. Den Termin, bis zu welchem die Wählerlisten, Protokolle und Stimmzettel der Stichwahl einzusenden sind, hat das Zentralwahlkomitee der Wahlabtheilung zu bestimmen. Sämtliche Stichwahlen müssen bis spätestens den 1. März stattgefunden haben.

8. Ist die Wahl definitiv entschieden, so hat das Zentralwahlkomitee die vom Vorstand ausgefertigten Mandate auszufüllen und durch Unterschrift aller Mitglieder desselben gegenzeichnen. Dieses Mandat ist dem Delegierten einzuhändigen und hat sich derselbe damit auf dem Gewerkschaftskongress zu legitimiren. Außerdem ist jeder Filiale der Wahlabtheilung das vollständige Wahlergebnis mitzutheilen.

9. Die Wahl der Delegierten wird durch den Vorstand kontrollirt. Dieser ist verpflichtet, den Wahlkomitees alle auf die Wahl Bezug habende Auskunft zu ertheilen. Ueber vorgekommene Unregelmäßigkeiten bei einer Wahl ist seltens der Ortsverwaltung dem Vorstand sofort Bericht zu erstatten. Der Vorstand ist berechtigt, eventuell eine Neuwahl anzuordnen. Bis zum 4. März müssen alle Wahlakten nebst Stimmzetteln dem Vorstand eingeschendet werden. Reklamationen nach diesem Datum können nicht mehr berücksichtigt werden.

Für die Einzel-Mitglieder des Königreichs Sachsen hat das obige Wahlreglement keine Gültigkeit. Für diese gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Vertrauensmänner der in der Wahlkreiseintheilung benannten Städte haben sofort öffentliche Mitglieder-Versammlungen

einzuberufen, in denen die für diesen Bezirk zu wählenden Kandidaten vorgeschlagen werden. Die Namen sämtlicher Vorgeschlagenen sind von den Vertrauensmännern bis spätestens den 25. Januar an den Vorstand einzusenden. Später eingehende Vorschläge können nicht berücksichtigt werden.

2. Der Vorstand wird dann den Vertrauensmännern sofort die Namen der Vorgeschlagenen mittheilen. Nach diesem sind nochmals öffentlich Mitgliederversammlungen einzuberufen, in denen die vorgeschlagenen Kandidaten bekannt gegeben und die für den Bezirk bestimmte Anzahl Delegierte gewählt werden.

3. Ueber die Wahlhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das Wahlergebnis, Protokoll, sowie sämtliche Stimmzettel sind bis spätestens 15. Februar an den Vorstand einzusenden. Sollte eine Nachwahl nöthig werden, so wird dieses den Vertrauensmännern rechtzeitig bekannt gegeben werden.

4. Der Vorstand wird, nachdem das Wahlergebnis der Wahl festgestellt ist, dieses den Vertrauensmännern mittheilen. Den gewählten Delegierten werden die ausgefertigten Mandate vom Vorstand zugestellt.

Wahlkreiseintheilung.

1. Stuttgart. Canstatt: Allgemeine, Schmiede, Messerschmiede, Formier. Göttingen: Allgemeine, Feilenhauer, Göttingen. Reutlingen: Allgemeine, Formier. Ulm. Heidenheim. Gmünd. Ravensburg: Allgemeine, Formier. Schweningen. Heilbronn. Tübingen. Oberndorf. Freiburg i. Br. Vahr. Konstanz. Baden-Baden. Pforzheim. Oberkirch i. Bad. 2 Delegierte.

2. Mainz. Darmstadt. Rastatt. Karlsruhe. Dur-lach. Heidelberg. Mannheim: Allgemeine, Spengler. Ludwigshafen. Frankenthal. Kaiserslautern: Allgemeine, Formier. Lams-brecht. Pirmasens. Speier. Worms. 1 Delegierter.

3. Nürnberg: Schlosser und Maschinenbauer, Feilenhauer, Glasfäner, Formier, Feizer und Maschinenwärter, Mechaniker u. v. B., Metallbrüder, Metallschläger, Reibzeugindustrie, Roth- und Glodenzucker, Schmiede, Zingischer. Schlegling-Doos. 2 Del.

4. München: Allgemeine, Feilenhauer, Metallschläger, Augsburg. Lechhausen. Rosenheim. Regensburg. Freising. Ansbach. Landsberg. Roth a. S. 1 Del.

5. Würth. Schwabach: Allgemeine, Blinn-schläger. Gera. Weimar. Zeitz. Suhl. Apolda. Koburg. Gotha. Schmalkalden. Erfurt. Sangerhausen. Mühlhausen i. Th. 1 Del.

6. Halle: Allgemeine, Formier, Messerschmiede, Klempner. Magdeburg: Klempner, Feilenhauer. Halberstadt. Aschersleben. Staßfurt. Veraburg. Köthen. Eilenburg. Duedlitz. Torgau. 1 Deleg.

7. Posen. Frankfurt a. M.: Allgemeine, Spengler. Bornheim. Offenbach: Allgemeine, Metallbrüder, Schlosser u. v. B. Höchst a. M. Homburg v. d. S. Oberusel. Fachsenheim. Hanau: Allgemeine, Klempner. Sossenheim. Wiesbaden. 1 Deleg.

8. Essen a. d. Ruhr. Düsseldorf. Köln a. Rh. Ehrenfeld b. Köln. Aachen. Elberfeld. Barmen. Duisburg. Mülheim a. d. Ruhr. Mülheim a. Rh. Reus a. Rh. Remscheid: Allgemeine, Feilenhauer. Olting-Solingen. Velbert. Schalk. Witten. Ward. Geselesberg. Radevorm Wald. 2 Del.

9. Dortmund. Bielefeld. Minden. Siegen. Lünen. Bünde i. W. Gasse. Hagen. Herford. Beringhausen b. Dreislar. Pöffel. Fulda. Gießen: Allgemeine, Spengler. 1 Deleg.

10. Hannover. Linden b. Hannover. Celle. 1 Deleg.

11. Braunschweig: Schlosser, Klempner, Feilenhauer. Wolfenbüttel. Helmstedt. Hildesheim. Peine. Schöningen. Egeln. Oschersleben. 1 Deleg.

12. Hamburg: Klempner, Schlosser und Maschinenbauer u. v. B., Gelbgewer, Gärtner und verw. Berufsgen., Mechaniker, Optiker, Uhrmacher u. v. B. Altona: Klempner, Feilenhauer, Schlosser und Maschinenbauer u. v. B. Harburg Bremen. Oldenburg. Delmenhorst. Dinklage. Bremerhaven. Bant h. Wilhelmshafen. 2 Deleg.

13. Kiel. Pries (Schlesw.) Flensburg: Klempner, Allgemeine. Tönning. Schleswig. Tjeboe. Neumünster. Seide. Oldesloe. Glückstadt. Elmshorn. 1 Deleg.

14. Kück. Wismar. Schwerin. Rostock. Güstrow. Stettin. Potsdam. Stralsund. Brandenburg. Danzig. Königsberg. Elbing. Uelzen. Wolgast. Neu-Ruppin. 1 Del.

15. Breslau: Allgemeine, Klempner. Breg. Gagnau. Görlitz. Paruschowitz. Forst N./S. Gassen N./S.: Allgemeine, Formier. Frankfurt a./O. Cottbus. Fürstentwabe. 1 Deleg.

16. Vertrauensmänner: Dresden, Leipzig, Chemnitz, Freiburg i. S., Glauchau, Zwickau, Meißen, Wurzen, Golzern, Penig, Pöschappel, Döbeln, Limbach i. S. 2 Del. Stuttgart, 8. Januar 1892.

Der Vorstand.

Kathedersozialistische Nothbehelfe und ultramontane Zugeständnisse.

Der bekannte Professor der Nationalökonomie in Berlin, Dr. Adolf Wagner, hat in neuester Zeit bei Josef May u. Co. in Breslau eine Broschüre erscheinen lassen, deren Inhalt, von unserm Standpunkt betrachtet, zwar keineswegs so besonders bedeutend erscheint, aber doch Wirkungen hervorgebracht hat, deren wir uns nur erfreuen können. Der Titel der Wagner'schen Arbeit lautet äußerst anspruchsvoll „Zur Errettung des deutschen Volkes aus seiner Verarmung“. Man könnte füglich sehr begierig sein, zu erfahren, was der gelehrte Herr wohl zur Errettung des deutschen Volkes aus seiner Verarmung vorzuschlagen hat; in sozialdemokratischen Kreisen aber ist die Weisheit der Herren Kathedersozialisten zur Genüge bekannt und berücksichtigt, so daß wir an die Lesart derartiger Schriften nur mit den allerbescheidensten Erwartungen heranzugehen pflegen. Auch der Professor der Nationalökonomie an der Berliner Universität, Herr Dr. Adolf Wagner, ragt mit seiner Leistungsfähigkeit über das gewöhnliche Maß keineswegs hinaus, und grade diese seine neueste Schrift beweist ihrem anspruchsvollen Titel zum Trotz, daß die Herren Kathedersozialisten sich auch um die wichtigsten und schwierigsten Fragen einstweilen mit der Aufwärmung des abgestandenen Weisheitsstrams, andererseits mit Palliativmitteln der allerunwirksamsten, beziehungsweise sehr zweifelhafter Art herumzudrücken pflegen.

Was Professor Wagner über die jämmerlichkeit der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse zu sagen hat, trifft allerdings den Nagel auf den Kopf, — ein Umstand, der dem Herrn indeß nicht so gar hoch anzurechnen ist, weil in Bezug auf das Erkennen der bestehenden Verhältnisse die Fackel der sozialistischen, insbesondere sozialdemokratischen Kritik

den in Folge ihrer übermäßigen Bücherstudien kurzfristig gewordenen oder gebliebenen Statistikerzuzugestanden bekanntlich verzweifelt hell vorangeleuchtet hat. Wir werden also bloß zu konstatieren haben, wie weit die Einsicht des Herrn Prof. Wagner in Bezug auf die schauerhafte Hebelständigkeit der kapitalistischen Wirtschaftszustände reicht. Er weiß z. B. sehr wohl, daß unsere Handwerker in Folge der manchesterlichen Gewerbefreiheit und des großkapitalistischen Betriebes sich in einer sehr schwierigen Stellung befinden, und daß sie sich mit wenigen Ausnahmen mit dem kläglichen Verdienst an Reparatur und Flickarbeit begnügen müssen. Immerhin hervorgehoben zu werden verdient es, daß die Sachkenntnis des Herrn Prof. Wagner weit genug vorgebracht ist, um zu erkennen, daß alle Bemühungen das Handwerk wieder zur alten Blüte emporzuheben, fruchtlos bleiben müssen, weil das „heute den technischen Entwicklungsgang unserer Verhältnisse aufhalten heißt“. Wenn alsdann Herr Prof. Wagner wieder auf die große Gefahr hinweist, welche das kolossale Anwachsen des geistigen Proletariats verursacht, so ist das aufgewärmte Kohlen, den man in neuerer Zeit auf sozialwissenschaftlichem Gebiete nur zu oft ohne Beigabe neuer Gedankenlast vorgelegt erhält. Uebrigens verfällt Prof. Wagner gerade in Bezug auf das Thema der Ueberfüllung der akademischen Berufsarten verschiedenen mehr oder minder wesentlichen Irrthümern. So scheint er z. B. darüber nicht genügend unterrichtet, daß katholische Theologen nicht nur, wie er sagt, „etwas günstiger“ daran seien, wie die evangelischen, bei welchen letzteren die Ueberfüllung gerade am allergrößten ist, sondern, daß die Zahl der katholischen Theologen auf den deutschen Universitäten*) den Bedarf der katholischen Kirche bei weitem nicht erreicht, — was den für uns sehr erfreulichen Beweis liefert, daß trotz allen Redens, welcher zum Studium der katholischen Theologie locken soll, sich in Deutschland doch nicht so viele junge Leute zur Beschäftigung mit dieser scholastischsten aller angeblichen Wissenschaften und zum Aufgehen und Untergehen in diesem unfruchtbarsten Berufe verlocken lassen. Trotz all derartigen nebenhässlicher Irrthümer hat Wagner selbstverständlich Recht, wenn er, nachdem er auch die übrigen Stände kurz berührt hat, zu dem Schlusse kommt, daß überall das Angebot der Arbeitskräfte die Nachfrage nach denselben ganz enorm übersteigt. Und dergleichen sind wir einverstanden mit dem Sage, welcher den Gipfelpunkt seiner Ausführungen bildet, daß die Massenverarmung in der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart in dem Maße wachsen muß, wie die Bevölkerung zunimmt, da die Steigerung der nationalen Produktion mit der rapiden Zunahme der Bevölkerung nicht gleiche Schritte hält. Nachdem dieser Gipfel aber überschritten ist, geht es bei Wagner herab in das Kleinliche und Kindische des katholischensozialistischen Gelehrsamkeitsframs hinein. Zunächst ist es dem Herrn in der Hauptsache nur darum zu thun, das „richtige Verhältnis“ herzustellen zwischen dem Wachsen der Bevölkerung und der Steigerung der nationalen Produktion. Das deutsche Volk würde also, wenn alle die Wagner'schen Reformvorschlüsse durchgeführt wären, sich auf demselben wirtschaftlichen Niveau erhalten können, auf dem es steht, oder bestenfalls auf den angeblich höheren Standpunkt zurückgelangen können, den es vor zwanzig und einigen Jahren eingenommen hat. Besonders ergötzlich ist es, daß im Kopfe des Herrn Professors immer wieder die schönen Gedanken der englisch-deutschen Nationalökonomie ihren

Spur treiben, denn bei der Entwicklung seiner Reformgedanken geht Wagner ganz ernsthaft von dem „Gesetze“ aus, daß der Ertrag des Bodens durchaus nicht in gleichem Maße zunehme, beziehungsweise zunehmen könne, wie das Kapital und die Arbeit, welche auf den Boden verwendet werden. Natürlich gelangt er auch zu der für unsere gegenwärtige sozialwissenschaftliche Erkenntnis wahrhaft kindlich naiven Ueberzeugung, daß sich eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands in dem Maße nie erzielen lasse, wie die rapid wachsende Bevölkerung des deutschen Vaterlandes sie heischt.

Nur zu erklärlich ist, daß die Mittel, welche Wagner zur Ueberwindung der auf dem Volke lastenden Noth vorschlägt, jener vollkommen unberechtigten Ueberzeugung entsprechen. Diese Ueberzeugung muß ja den Herrn Professor daran hindern, sich zu durchgreifenden sozialwirtschaftlichen Reformvorschlüssen zu erheben, die freilich auch nur den Namen der Reform an der Stirne tragen, in Wahrheit aber durchaus wirtschaftsrevolutionärer Art sein würden.

Wagner will die Spekulation in Getreide unterbunden und den übermäßigen Luxus in allen nothwendigen Lebensmitteln beschränken; er will die kapitalistischen Kreise zu Opfern für die Gesamtheit für die arbeitenden Klassen stärker heranziehen; er verlangt auch die Abschaffung der Getreidezölle und hat sogar gegen die Einführung des staatlichen Getreide- und Kartoffelmonopols durchaus nichts einzuwenden.

Aber er sieht selbst ein, daß das Alles noch nicht ausreicht, um das herrschende Elend aus der Welt zu schaffen, ja vielleicht nicht einmal, um zu verhindern, daß es sich dann noch in Zukunft steigere. Seiner Weisheit Schluß bildet daher ein weiterer Vorschlag, der nach ihm die radikale Hebung aller wirtschaftlichen Noth verbürgt: Oekonomie im Haushalt und im Eheleben. Man lache beileibe nicht, der Herr Professor meint es ernst. In seiner kurzformulirten orakelhaften Forderung steckt eine Fülle in sozialer Beziehung heilkräftiger Gedanken. Dem gesammten Wirtschaftshaus und Vereinsleben soll der starke Damm jener Oekonomie entgegengethürmt, der Verteilung von Unmassen geistiger Getränke, dem Pianinospiele, der Blumenvergeudung an Namens- und Geburtstagen ebenso wie bei Beerdigungen, den vielfach in Bezug auf dieselbe Person sich wiederholenden Todesanzeigen, dem „zwanzigfachen Sterben“ in den Zeitungen, der Wutzucht der Frauen u. s. w. soll vollständig der Garauz gemacht werden. Zum Schluß aber kommt das Beste, und nach Herrn Professor Wagners Meinung das Wirkungsfürteste. „Wenn ein jedes Ehepaar die Zahl ihrer Nachkommen ihren vorhandenen Einnahmen anpassen wollte, wie viel und bald würden Kummer, Sorgen, Entbehrungen und Elend verringert und verschleudert werden.“ Freiwillige Eheunfruchtbarkeit also verlangt der Herr Professor, und wie man das bewirken könnte, beschreibt er eingehend, indem er die Versicherung hinzufügt, daß dasselbe weder etwas Strafbares noch Unmoralisches in sich schließt. So weit dieser Vorschlag sich an das arbeitende Volk wendet, bezeichnet derselbe allerdings den Kulminationspunkt aller kapitalistisch-wirtschaftlichen Dreistigkeit. Nachdem die Herren Bourgeois es glücklich so weit gebracht haben, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes größtentheils weit über die Hälfte, oft selbst über zwei Drittel des Tages mit harter Arbeit tödten muß, daß diese große Volksmehrheit gezwungen wird zum Lohne dafür zu darben und sich einen beträchtlichen Theil der Lebenszeit zu verkürzen,

nachdem Konservative und Liberale in schönem Verein es fertig bekommen haben, daß das arme Volk den Löwenanteil der Staatslasten trägt und in Staat und Gemeinde dafür von den Besitzenden geleithammelt wird. — fehlt in der That weiter gar nichts, als daß dasselbe Volk sich von der Wissenschaft dieser vortrefflichen Rathesherren dazu bringen lasse, in der Kindererzeugung nicht weiter zu gehen, als es den Herren Bourgeois angenehm und bequem ist, die wahrhaftig bereit wären, die jaure Mühe des Kindererzeugens ganz allein zu übernehmen.

Oesterreichische Sozialreform.

Wenn Polizei und Bureaucratie die geeigneten Faktoren wären, die soziale Frage zu lösen und die Sozialdemokratie zu vernichten, so wäre unfehlbar von diesen beiden in Oesterreich keine Spur mehr vorhanden. Allein weder die Willkür und Gesetzlosigkeit der Einen noch die Sozialreform der Anderen hat das hohe Doppelziel zu erreichen vermocht und wird es nie mit solchen, wie den bisher üblichen, Mitteln zu erreichen vermögen.

Das gilt auch von dem neuerlichen großen Anlauf, den die Regierung auf dem Gebiete der Sozialreform genommen hat, um den gestörten sozialen Frieden wieder herzustellen und die Sozialdemokratie aus dem Sattel zu heben. Zwei sozialpolitische Gesetzentwürfe wurden vor mehreren Monaten dem Parlament vorgelegt, wovon der eine die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse in Fabriken und die zwangsweise Organisation der Fabrikanten und Fabrikarbeiter in Berufsgenossenschaften (Zünften), ferner die Kreierung von Einigungsämtern für die Industrie zum Gegenstande hat und der andere bezweckt, ganz die gleichen Einrichtungen beim Bergbau in's Leben zu rufen.

Den Anstoß zu der Beschäftigung mit den Arbeiterausschüssen dürften wohl die bezüglichen Vorgänge in Deutschland gegeben haben, wo man diese Einrichtung in der Presse und in der Gesetzgebung behandelte. Auf Veranlassung des Centralgewerbe-Inspektors sollten die österreichischen Gewerbe-Inspektoren Materialien für die Einrichtung der Arbeiterausschüsse liefern, doch enthält der Bericht pro 1890 kaum von einem halben Duzend bestehender Arbeiterausschüsse Nachrichten. Bemerkenswerth ist, wie sich der Centralgewerbe-Inspektor in dem Zirkular, mit dem er die Aufmerksamkeit der Inspektoren auf die Arbeiterausschüsse hinlenkte, über dieselben äußert. „Der Ausgangspunkt zu dieser, ihrem Wesen nach harmlosen, in ihrer Wirkung aber von psychologischen Standpunkte wohl unzweifelhaft vortheilhaften Schöpfung mag beliebig gewählt werden. Hier mag z. B. die Verwaltung eines Fonds, dort mögen Besprechungen einer geplanten oder auszuführenden Arbeiter- Wohlfahrts-einrichtung, wie eines Bades, eines Kindergartens, einer Fabrikbibliothek oder dergleichen, in einem dritten Falle mögen Bestimmungen der Arbeiterordnung oder die Frage der Lehrlingsbildung u. d. den Anstoß geben zu zeitweiligen Zusammen tretungen des Ausschusses und des Unternehmers oder Leiters und je nach dem Falle, mit oder ohne Zuziehung der Werkmeister.“

Diese Auffassung von dem Wesen und den Aufgaben der Arbeiterausschüsse ist auch im vorliegenden Gesetzentwurf zur Geltung gelangt. Die genaue Umgrenzung des Wirkungskreises des Arbeiterausschusses soll durch ein Statut geschehen, das der Geschäftsinhaber zu erlassen und die Gewerbebehörde zu genehmigen hat und welches einen Anhang zur Arbeitsordnung bilden soll. Wahlberechtigt für den Arbeiterausschuss ist

jeder Arbeiter, der 21 Jahre alt und ein Jahr in dem betreffenden Unternehmen beschäftigt ist; wählbar dagegen ist nur der Arbeiter, der 24 Jahre alt und drei Jahre in dem betreffenden Unternehmen beschäftigt ist. Der Ausschuss soll mindestens aus drei und höchstens aus 20 Mitgliedern bestehen und für den Fall, als eine nicht genügende Anzahl von Arbeitern den Bedingungen der Wählbarkeit entspricht, kann hierbon abgewichen werden. Die Mandatsdauer des Gewählten darf nicht kürzer als ein Jahr und nicht länger als drei Jahre sein. Die Wahl ist eine geheime und findet unter der Leitung des Gewerbeinhabers statt. Wenn derselbe die Wahl eines Arbeiterausschusses unterläßt, so hat die Gewerbebehörde dieselbe zu veranlassen. Der Arbeiterausschuss kann von der Behörde auch aufgelöst werden, wenn er statuten- oder gesetzwidrige Thätigkeit entfaltet.

In den Motiven wird ausgeführt, daß die Arbeiterausschüsse gleicher Weise in dem wohlverstandenen Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeiter liegen, und daß erstere in der Lage sein werden, eine Reihe von Aufgaben, deren Erfüllung für sie verantwortungsvoll, schwierig und vielfach auch mit Unannehmlichkeiten verbunden ist, theilweise auf die Arbeiter als solche zu übertragen, welche hinwieder, indem sie zu einer Art Selbstverwaltung in ihren eigenen Angelegenheiten berufen wird, hierdurch in ihrer sozialen Lage und in ihrem Standesbewußtsein gehoben und durch die vermehrten Rechte zu gesteigerten Pflichterfüllung angepornt werden muß.

Das „Standesbewußtsein“ der Arbeiter spielt bei der österreichischen Bureaucratie eine große Rolle. Es soll das Entschieden des gefährlichen Klassenbewußtseins hintanhalten und wo dieses bereits vorhanden, wieder verdrängen. Diese Hoffnungen dürften aber durch die den Fabrikanten gegen ihre ausgesprochene innere Abneigung aufgezwungenen Arbeiterausschüsse so wenig erfüllt werden, als sie beim Handwerk durch die Gehilfenausschüsse der Genossenschaften erfüllt worden sind.

Die zwangsweise Organisation der Fabrikanten und Fabrikarbeiter in Berufsgenossenschaften soll durch Verordnung des Handelsministers in Städten und Industriebezirken erfolgen, in welchen eine größere Anzahl von gleichen oder verwandten Gewerben fabrikmäßig betrieben wird. In eine Genossenschaft soll für die Gewerbeinhaber und die Arbeiter für die Arbeiter errichtet werden. Bestehen die Genossenschaften einmal, so wird Jeder, der eine Fabrik errichtet oder antritt, dadurch schon Mitglied der Genossenschaft, wie andererseits auch jeder Arbeiter, der in einer solchen Fabrik in Arbeit tritt, Mitglied der Arbeiter-Genossenschaft wird.

Als Zweck der Genossenschaften erklärt der Gesetzentwurf, den Mitgliedern derselben Gelegenheit zu geben, im Rahmen der bestehenden Gesetze ihre wirtschaftlichen Interessen, soweit sie mit dem Gegenstand ihrer gewerblichen Thätigkeit in Zusammenhang stehen, zu erörtern, einschlägige Wünsche und Beschwerden in Berathung zu ziehen und hierbei über ihre Haltung zu den in den betreffenden Fragen von der anderen Genossenschaft gefassten Beschlüssen sich zu entscheiden. Beide Genossenschaften sind verpflichtet, über Aufforderung der Behörden, sowie der Handels- und Gewerbeamtler Gutachten zu erstatten; sie sind aber auch berechtigt, im Rahmen ihres gesetzlichen Wirkungskreises aus eigener Initiative mit Anträgen hervorzutreten.

Von der Theilnahme an den Versammlungen der Fabrikanten-Genossenschaften sind die Mitglieder, welche noch nicht 21 Jahre alt sind, ausgeschlossen

*) Siehe z. B. Sozialulna Nachrichten 1891/92. Nr. 12, 13. Akademische Tagesfragen p. 3-5.

und die Versammlungen der Arbeiter-Genossenschaften können nur Delegirtenversammlungen sein, d. h. es wird in jeder Fabrik im Verhältnisse zur Zahl der in derselben beschäftigten Hilfsarbeiter nach einem gleichen Maßstabe die Zahl der Delegirten festgelegt. Die Wahl derselben erfolgt in jedem Geschäft durch den Arbeiterausschuß und sind nur solche Arbeiter wählbar, welche für den Arbeiterausschuß wahlberechtigt sind. In den Vorständen der Genossenschaften dürfen nur Personen gewählt werden, welche 24 Jahre alt und bezüglich der Genossenschaft der Arbeiter, mindestens drei Jahre in einem und demselben Unternehmen beschäftigt sind.

Versammlungen der Genossenschaften, sowie diese selbst können aufgelöst werden, wenn sie eine gesetzwidrige Thätigkeit entfalten und den statutenmäßigen Wirkungskreis überschreiten. Zur Deckung der Kosten der Genossenschaften haben ihre Mitglieder, also auch die Arbeiter, regelmäßige Beiträge zu leisten.

Als drittes Glied dieser „sozialpolitischen Organisationen“ erscheinen die Einigungsämter, die berufen sein sollen, als permanente Institutionen „ein gültliches Uebereinkommen zwischen den Gewerksunternehmern und ihren Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses herbeizuführen, wobei ihnen zugleich die Aufgabe zufällt, vermittelnd einzugreifen, wenn über die aus dem Arbeits- oder Lohnvertrage entspringenden Rechte und Verpflichtungen oder über die Abänderung des Arbeitsvertrages Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmern und Arbeitern entstanden oder zu entstehen drohen.“

Die Bestimmungen des Entwurfs, betreffend das Einigungsamt, sind zum Theil aus dem dritten Abschnitte des deutschen Gesetzes über die Gewerbegerichte abgeschrieben oder redaktionell etwas abgeändert.

Als ein gelungener Witz, der sonst nicht gerade witzigen Hofräthe ist es zu bezeichnen, wenn in den Motiven ausgeführt wird, daß bei dem Suchen nach geeigneten Mitteln, „um die große soziale Bewegung der heutigen Zeit in ruhige und geregelte Bahnen zu lenken, sich unser Blick zunächst nach England richtet, wo die bekannten Institutionen der Einigungsämter und Schiedsgerichte zur Beilegung von Differenzen, welche aus dem Dienst- und Lohnverhältnisse zwischen den Unternehmern und den Arbeitern entstehen, in den wichtigsten Industriezweigen sehr häufig schöne Erfolge erzielt haben und erzielen. Es darf mit Recht erwartet werden, daß auch bei uns eine solche Einrichtung von Nutzen sein würde, wenn ihr nur die richtige Grundlage gegeben wird. Die unumgängliche Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung der Einigungsämter ist das gegenseitige Vertrauen und die gegenseitige Achtung der Unternehmer und der Arbeiter.“

Den Blick nach England zu richten, um dort die Verhältnisse zu studiren und zu lernen, dazu haben allerdings die Hofräthe sammt ihrem pomadisirten Herrn und Meister Taaffe und den sonstigen „Staatsmännern“ Veranlassung in Hülle und Fülle. Allein es mangelt ihnen offenbar der vorurtheilsfreie und offene Blick und die Fähigkeit, wohl auch der gute Wille, richtig zu lernen. Aus dem freien England mit seinen Jahrhunderte alten freien Institutionen, mit seinem fast allgemeinen Wahlrecht, mit seiner dem Volke in Fleisch und Blut übergegangenen Hochachtung der bürgerlichen Rechte jedes Menschen — aus diesem politisch und wirtschaftlich hochentwickelten England Institutionen nach dem feudalen Polizeistaate Oesterreich zu verpflanzen, wo Behörden und Kapitalisten miteinander wett-

eifern in der erniedrigenden Behandlung der politisch und bürgerlich rechtlosen Arbeiter, die als vogelfrei der Willkür einer brutalen und arroganten Polizei preisgegeben sind, kann nur dazu führen, abschreckende Mißgeburten in die Welt zu setzen. Was sich in England in dem Kampfe zwischen den völligen Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit von den Behörden genießenden mächtigen Arbeiterorganisationen und den Kapitalisten als eine Frucht praktischer Erkenntniß und dringender Nothwendigkeit für beide Theile ergeben hat und als eine freie Institution in's Leben gerufen wurde, das soll in Oesterreich auf dem Wege des Polizeizwanges herbeigeführt werden. Man will die Form ohne den Inhalt, d. h. die leere Schablone mit kapitalistisch-polizeilicher, das ist arbeitserfindlicher Tendenz. Während in England die mächtigen, mehr oder weniger mit sozialistischem Geiste erfüllten freien Gewerkschaften die gesunde Grundlage des Einigungsamtes bilden, will man in Oesterreich durch die neuen „sozialpolitischen Organisationen“ gerade die sozialistischen freien Fachvereine und Gewerkschaften zerstören und die „Schreier und Agitatoren“ durch die ruhigen, d. h. gefügigen und servilen Elemente als die „berufenen Vertreter der Arbeiterschaft“ ersetzen. Das Ziel wird übrigens nicht erreicht werden, wie das die Erfahrung mit den Handwerks-Genossenschaften seit bald zehn Jahren lehrt. Ueberall, wo eine Arbeiterbewegung besteht, wurden die gefügigen „Schreier und Agitatoren“ durch das Vertrauen der nicht nach der Polizeipfeife tanzenden Arbeiter an die Spitze der Gehilfen-Ausschüsse berufen und das willkürliche und herrische Gebahren der Gewerksinhaber in den Genossenschaften gegenüber den Arbeitern, sowie die das Rechtsgefühl empörende Parteilichkeit der Behörden zu Gunsten der Gewerksinhaber haben nur zur Folge gehabt, daß die Fachvereine erst recht zum Mittelpunkt der Arbeiterbewegung wurden und daß die Arbeiter erst recht die Ueberzeugung von deren Nothwendigkeit und Unentbehrlichkeit unter den obwaltenden Umständen erlangten. „Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen“ kann man angeekelt solcher Thatsachen mit Recht den österreichischen Regierungsmännern sagen, da sie nach dem gänzlichen Fiasko mit den Handwerksgenossenschaften selbe nun auch in der Industrie und dem Bergbau einführen wollen. Diese neuen „sozialpolitischen Organisationen“ vermögen zur Milde rung oder gar Versöhnung der sozialen Gegensätze und zur Wiederherstellung des gestörten sozialen Friedens nicht das Mindeste beizutragen, dagegen sind sie sehr geeignet, die Klust zu erweitern und so gegen ihren Zweck zu Gunsten und zum Vortheil der Sozialdemokratie auszuschlagen.

Und zu allem Ueberflusse wollen die Kapitalisten die neue Bescheerung, die ihnen in ihrem eigenen „wohlverstandenen Interesse“ die Regierung machen will, gar nicht; die Regierung will ihnen durch die polizeilichen Organisationen die Arbeiter sozusagen an Händen und Füßen gebunden überliefern zur freien Exploitation, allein diese bauernfängerische und demagogische Spielerei mit Genossenschaften und Arbeiterausschüssen erscheint ihnen in Anbetracht der bisher schon befriedigenden Ausbeutungsergebnisse ganz überflüssig. Was die österreichischen Kapitalisten wollen, ist die fernere Bewahrung des so oft schon erprobten Wohlwollens der Staatsgewalt für die heiligen Kapitalinteressen; was darüber, ist von Uebel.

Unsere Kohlen-, Glas-, Zucker-, Schnaps- u. Barone, Grafen und Fürsten wollen zu den vielen bisher schon gebrachten „sozialpolitischen Opfern“ nicht auch noch das weitere überflüssige Opfer

bringen, mit ihren verachteten Lohnsklaven gemeinsame Sitzungen abzuhalten. In Oesterreich finden es die Herren nicht einmal für nöthig, auch nur den Schein gegenüber den Arbeitern zu mahnen.

Ende November wurden die ebenso dilettantenhaften wie breitspurigen hofräthlichen Elaborate im Abgeordnetenhause berathen und dem Gewerbeausschuß zugewiesen, der darüber eine Enquete veranstalten will, zu welcher auch die Arbeiter herangezogen werden sollen. „Wir werden also wieder einmal erleben“, bemerkt hierzu die Wiener „Arbeiter-Ztg.“ treffend, „daß die Arbeiter ausführlich um ihre Meinung befragt werden und daß dann ungefähr das genaue Gegenheil von dem geschieht, was sie wünschen“.

Soldat und Arbeiter.

Der Reichskanzler hat kurz vor Weihnachten folgende Bekanntmachung erlassen: Auf Grund der Vorschriften im § 9, Ziffer 2 des Gesetzes über die Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 (Reichsgesetzbl. S. 52) ist der Betrag der für die Naturalverpflegung zu gewährenden Vergütung für das Jahr 1892 dahin festgestellt worden, daß an Vergütung für Mann und Tag zu gewähren ist:

- a) für die volle Tageskost 1 Mk 85 J
- b) für die Mittagkost 52 J 47 "
- c) für die Abendkost 29 " 24 "
- d) für die Morgenkost 19 " 14 "

Die mitgetheilten Ziffern sind von dem größten Interesse für die arbeitende Bevölkerung. Es wird damit amtlich vom Reichskanzler zugestanden, daß die volle Tageskost eines erwachsenen Menschen mit Brod eine Mark kostet. Wenn wir diese Ziffern für Berechnungen zu Grunde legen, welche sich auf die Ernährung und Verpflegung, resp. Gesamtverpflegung der Arbeiter beziehen, so kommen wir zu Resultaten, welche wieder einmal recht deutlich beweisen, daß wir Sozialdemokraten Recht haben, wenn wir sagen, die heutige Wirtschaftsordnung gibt in überwiegendem Maße den Arbeitern nicht die Möglichkeit, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Die Naturalverpflegung ist also für die volle Tageskost mit einer Mark festgesetzt. Eine Arbeiterfamilie besteht in Deutschland durchschnittlich aus Mann, Frau und zwei Kindern, das sind für die Ernährung drei erwachsene Personen, deren Naturalverpflegung, nach militärischem Maßstabe gemessen, 3 Mk pro Tag betragen müßte, das macht im Jahre rund 1100 Mk. Hinzu kommt noch die Wohnung, welche für eine Arbeiterfamilie, auch wenn sie sich noch so sehr einschränkt, in einer Stadt wie Hannover z. B. nicht unter 250 Mk zu beschaffen ist, wenn sie nur einigermaßen den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen soll. Bekanntlich verlangt die Gesundheitspflege, daß auf den Kopf eines jeden Erwachsenen ein Schlafraum von durchschnittlich 15 Kubikmeter kommt; es müßte mithin das Schlafzimmer für Mann, Frau und zwei Kinder mindestens 45 Kubikmeter groß sein, das heißt, da die gewöhnliche Stubenhöhe der Arbeiterwohnungen nur 3 Meter beträgt, müßten 15 Quadratmeter Fläche zur Verfügung stehen, also ein Schlafzimmer von etwa 3 Meter Breite und etwa 5 Meter Länge.

Nun, die Arbeiter werden ja am besten wissen, ob das Schlafzimmer, in dem sie mit ihrer Familie hausen müssen, diese Größe auch wirklich besitzt. Bescheiden wir uns aber einmal für den Augenblick mit einer Wohnung, wie sie für 250 Mk in der Stadt beschafft werden kann, als genügend, so finden wir, daß das Einkommen des Arbeiters für Naturalverpflegung und Wohnung bereits 1379 Mk betragen muß. Nun lebt aber wirklich der Mensch nicht allein von Naturalver-

pflegung, die in Beschaffung der nothwendigsten Lebensmittel besteht, sondern er hat doch auch die Berechtigung, für seine schwere Arbeit an den Kulturerrungenschaften unserer Zeit Theil zu nehmen, als da sind: eine Zeitung zu lesen, oder ein Buch sich zu kaufen, einer Fachorganisation anzugehören, ein Vergnügen mitzumachen; dann aber auch Zigarren zu rauchen u. s. w., ebenso wie seine Frau auch für kleinere Bedürfnisse des Putzes Geld braucht. Wenn wir daher annehmen, daß der Arbeiter wöchentlich 1 Mk für seine Familie auf diese Ausgaben verwendet, so wird man uns zugeben, daß er dann außerordentlich solide sein und eingeschränkt leben muß. Es macht dies aber jährlich 50 Mk, so daß also die nothwendigen Einnahmen, um dies zu decken, auf 1400 Mk steigen müßte. Dabei ist aber die Kleidung, die der Soldat gratis vom Staat bekommt, noch nicht eingerechnet. Und erfahrungsgemäß kostet die Kleidung für eine Familie mindestens 100 Mk.

Damit wären wir bei 1500 Mk nothwendiges Einkommen angelangt. Rechnen wir nun noch hinzu, daß der Arbeiter für die Krankenkasse Beiträge zu zahlen hat, die, wenn er Frau und Kind mit versichert, jährlich 25 Mk erfordern; daß er ferner für die Aussicht, nach dem 70. Lebensjahre eine Staatsrente zu beziehen, 15 J pro Woche, also noch 7 Mk jährlich zu bezahlen hat, daß er endlich von diesem Einkommen eine Steuer von etwa 40 Mk Kommunal- und Staatsabgaben zahlen soll, so finden wir, daß sein Einkommen sich auf 1600 Mk belaufen muß, wenn er mit seiner Familie leben will, wie ein Soldat vom Staate verpflegt wird.

Nun wird wohl keiner behaupten wollen, daß etwa der Soldat wie ein luxuriöser Praffer lebt, und daß die Naturalverpflegung mit Brod von einer Mark täglich eine Summe wäre, mit der der Arbeiter sich in den Vollgenuß der besten Nahrungsmittel setzen könne! Und doch würde eine Arbeiterfamilie 1600 Mk Einkommen jährlich haben müssen, um so leben zu können! Ortsüblicher Tageslohn für Hannover ist aber pro Tag 2 Mk, das macht jährlich bei 300 Arbeitstagen 600 Mk.

1600 Mk würde die Arbeiterfamilie brauchen, um nicht besser und nicht schlechter verpflegt zu sein, wie ein Soldat! 600 Mk verdient durchschnittlich der Mann! Wenn die Frau zwei Kinder zu versorgen hat, dann würde sie höchstens noch 300 Mk hinzu verdienen können!

Es ist sehr hübsch, daß unsere Militärverwaltung in solch' offener Weise zugibt, wie die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse vollständig unzureichend sind, um die Bevölkerung richtig zu ernähren. Der Soldat braucht eine Mark täglich Naturalverpflegung, und das ist sicher nicht zu viel. Wir verlangen aber auch, daß der Arbeiter, der Soldat des Friedens, ein Einkommen hat, das doch mindestens jenen geringen Ansprüchen des Lebens genügt. Die Statistik zeigt uns, daß drei Viertel der Bevölkerung Deutschlands ein Einkommen von noch nicht jährlich 800 Mk hat. 1600 Mk und darüber besitzen nur 9 Proz. der gesammten Steuerzahler Sachsens. In den übrigen Theilen Deutschlands ist es nicht anders bestellt. Mithin hätten 90 Proz. der Bevölkerung nicht das Einkommen, welches die Bekanntmachung des Reichskanzlers für die Naturalverpflegung eines Soldaten als nothwendig voraussetzt.

Der Arbeiter kann sich und die Seinen demnach nicht so verpflegen, wie dies beim Soldaten geschieht! Dafür leben wir aber auch in einem Militärstaat; in einer Gesellschaft, welcher die Arbeit Aller zur Grundlage hat, würde es anders aussehen! „Volkswille“.

Das Herbergswesen.

Pastor Mörchen in Gadderbaum, Schriftführer des Vereins für Herbergswesen, hat eine Statistik über die Herbergen zur Heimath in Deutschland veröffentlicht, wovon Folgendes zu entnehmen ist:

Die erste „Heimath“, wie die wandernden Handwerksburschen kurz sagen, wurde 1854 in Bonn gegründet, nachdem schon seit 1848 in Berlin eine ähnliche Herberge bestand. In den neun Jahren bis 1862 entstanden zusammen 12, von 63-69 kamen 42 dazu, von 70-76, also in der Gründerzeit, nur 28, von 77-83, in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und der „Wagabundennoth“, gleich 75 und von 84 bis 90, also in 6 Jahren, 208. Die erste Anstalt in Sachsen war Leipzig 1864, in Süddeutschland machten Reutlingen und Stuttgart 1867 den Anfang. Heute zählt man 362 Herbergen „zur Heimath“ mit 12 777 Betten. Sie werden jährlich von anderthalb Millionen Durchreisenden „ernst“, die 2/4 Millionen Nächte dort verbringen; außerdem haben sie über 21 000 Kostgänger, welche über eine halbe Million Schlafnächte bedeuten.

Unter den 362 Herbergen sind 13 Massenherbergen (mit 100 und mehr Betten), 39 sehr große (mit 60-100 Betten), 77 große (40-59), 118 mittlere (20-39), 69 kleine (10-19), 46 ganz kleine (unter 10 Betten). Die größten Herbergen sind Frankfurt a. M. (47 445 Schlafnächte bei 150 Betten), Berlin I, Hamburg I, Berlin II, Hamburg II.

Nach Bezirken und Frequenz geordnet steht das Königreich Sachsen obenan; seine 50 Herbergen haben 354 000 Schlafnächte aufzuweisen, danach folgen die Provinz Sachsen mit Anhalt 312 000 Schlafnächte, Brandenburg 276 000, Schleswig-Holstein mit Hamburg und Lübeck 249 000, Rheinprovinz 247 000, Südwestdeutschland 207 000, Niederachsen 205 000, Westfalen 200 000, Weissen-Darmstadt und Hessen-Nassau 160 000, Altbayern 116 000, Schlesien 115 000, Thüringen 106 000, Pommern 77 000, Mecklenburg 68 000, Westpreußen 29 000, Posen 11 000, Ostpreußen 10 000 Schlafnächte. In Ostpreußen sind nur 3 Herbergen, in Brandenburg dagegen 44.

Die kolossale Frequenz in diesen Herbergen zur Heimath ist ein Beweis, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihr Augenmerk viel zu wenig auf die Regelung des Herbergswesens richten. An allen größeren Orten sollten Gewerkschafts-Zentral-Herbergen geschaffen und durch den sich dadurch ergebenden größeren Verkehr um verhältnismäßig wenig Geld den Fremden gute Verpflegung gesichert werden. Jeder gebildete Arbeiter würde gewiß gerne den sogenannten „christlichen“ Herbergen mit den schulmeisternden „Hausvätern“ den Rücken kehren, wenn ihm von seinen Organisationen das geboten würde, was er bedarf, freundlichen kollegialen Verkehr.

In den Herbergen zur Heimath fehlt das, was der denkende Arbeiter bedarf, es fehlt die Gelegenheit des Meinungsaustausches mit Gleichgesinnten, es fehlt ganz besonders an dem Verkehr mit in Arbeit stehenden Berufsgenossen. Meistens in, dem Gesicht des denkenden, durch die mangelhaften wirtschaftlichen Verhältnisse zur Wandererschaft gezwungenen Arbeiters nicht zuzugewandene Herbergsgesellschaft, dazu unter den Launen eines frömmelnden, die „Hausordnung“ aber oft tyrannisch ausübenden „Herbergsvaters“ stehend, führt der vorwärts strebende Arbeiter das Bedürfnis nach einem feinem Gesichtspunkt sprechenden Reiseheim. Er will unter Gleichgesinnten sein, er will und braucht den Verkehr mit am Ort in Arbeit stehenden Kollegen, um sich auch über Arbeitsgelegenheit und Arbeitsverhältnisse orientieren zu können.

Das findet er aber sehr selten in den Herbergen zur Heimath, dafür aber häufig die Zumuthung, daß er bei Lohnbewegungen sich gegen seine auch für sein Bestes kämpfenden Genossen durch Eintritt in die verlassenen Plätze sollte verwenden lassen.

Hier liegt eine Gefahr für die Organisationen und darum sollte mit größerer Energie seitens der Gewerkschaften an die Regelung des Herbergswesens gegangen werden. Gewiß dürfte die Annahme gerechtfertigt sein, daß schon manchmal eine Bewegung günstiger für die beteiligten Arbeiter ausgefallen wäre, wenn man schon kälter der Schaffung von Gewerkschaftsherbergen sich energischer hingegabe hätte, da durch diese Herbergen ein besserer Ueberblick über die Zahl der zureisenden Berufsangehörigen gegeben und die Möglichkeit der direkten persönlichen Verständigung zwischen den Arbeitenden und Arbeitssuchenden leichter und schneller geschaffen werden kann.

Zur Regelung des Arbeitsmarktes ist es unbedingt erforderlich, daß ein Ueberfließen der verfügbaren Arbeitertruppen der Unternehmer in den einzelnen Gewerben möglich wird; es ist aber auch erforderlich, daß die arbeitslosen und von Ort zu Ort nach Arbeit suchenden Mitglieder der Organisation nicht durch zu schwache Fühlung mit den organisierten Kollegen entfremdet werden. Auch ist nicht zu unterschätzen, daß durch den steten Hinweis auf die Möglichkeit und die für die Reisenden in der Benützung der Gewerkschaftsherbergen denselben gegebenen Annehmlichkeiten die Frequenz dieser zeitgemäßen Herbergen immer mehr gesteigert wird und den Gewerkschaften auch dadurch neue und eifrige Mitglieder gewonnen und erzogen werden können.

Wäge deshalb dem Herbergswesen fernerhin größere Beachtung und Pflege gegeben werden, den Reisenden zum Wohle, den Organisationen zur Stärkung.

Wie man in den staatlichen „Austerbetrieben“ mit dem „Wohlf“ der Arbeiter rechnet.

Des „blinden Zufalls loses Spiel“ hat der „Schles. Volkswacht“ ein Schriftstück zugeführt, welches für die weitesten Kreise von Interesse ist. Dasselbe lautet: „Königl. Eisenbahn-Betriebsamt. S. 163 l a.

....., den 21. Nov. 18 .. Geheim!

Wegen der ungünstigen finanziellen Ergebnisse der Staatseisenbahnverwaltung ist uns die äußerste Sparsamkeit bei Unterhaltung der Bahnanlagen zur Pflicht gemacht worden. Wir bestimmen daher, daß alle zur Betriebssicherheit oder zur notwendigsten Instandhaltung der Bahnanlagen nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben vorläufig zu unterbleiben haben. Es wird hiedurch sowohl eine Einschränkung der Ausgaben bei den Handwerker-Rechnungen wie insbesondere bei den Ausgaben für Arbeiterlöhne durch Herabsetzung der Lohnsätze sowohl wie Verminderung der Arbeiterzahl möglich sein. Die Arbeiterzahl ist auf dasjenige Maß herabzusetzen, welches nur für die unbedingt notwendigen Arbeiten erforderlich ist. Allen hiernach entbehrlichen Arbeitern ist unter Einhaltung der vorgeschriebenen Frist sofort zu kündigen. „Innerhalb 3 Tagen ist uns zu berichten, wie vielen Arbeitern gekündigt ist. Die Anzahl der weiter zu beschäftigten Arbeiter ist eingehend zu begründen. Die durch Herabsetzung der Lohnsätze wie durch Verminderung der Kopfzahl zu erzielende Ersparnis ist überschläglich zu berechnen und anzugeben.“

Ist es erhört?! Die Eisenbahnverwaltungen machen bekanntlich sehr gute

Geschäfte. Die Ueberschüsse sind bedeutend. Um sie noch bedeutender zu machen, werden die Handwerker-Rechnungen und die Arbeiterlöhne herabgesetzt; zugleich wird die Arbeiterzahl möglichst vermindert. Und das jetzt im Winter, in der Zeit furchtbarer Noth. Nun weiß die Welt doch wenigstens, daß die Lohnreduktion und die Arbeiterentlassungen in den preussischen Eisenbahnbetrieben systematisch betrieben werden. Und weshalb? Die auf diese Weise gemachten „Ersparnisse“, denen zu Liebe viele Hunderte von Arbeitern dem Elend überantwortet werden, lassen sich ja gut verwenden für militärische und sonstige „zivilisatorische“ Zwecke. Ob wohl auch ein amtliches Schreiben existiert, in welchem die Kürzung der Gehälter der Herren Direktoren zc. vorgesehen ist?

Das paßt wunderbar zu der vielgerühmten „Sozialreform“. Die Arbeiter mögen mit diesem Pfunde tapfer wuchern.

Aus Oesterreich.

In unserem Bruderorgan, dem „Oesterreichischen Metallarbeiter“, laden die Kollegen Ludwig Czner, Obmann des niederösterreichischen Metallarbeiter-Vereins; M. Kainer, Obmann des steiermärkischen Metallarbeiter-Vereins, und Franz Zelber, Obmann des Vereins der Metallarbeiter in Mähren, zu einer Konferenz von Vertretern der Metallarbeitervereine ein, welche vom 31. Januar bis incl. 2. Februar in Wien tagen soll. Der Zweck dieser Konferenz ist die Berathung einiger die Interessen sämtlicher Metallarbeiter-Vereine berührenden Fragen, insbesondere die Beschlußfassung über einen zu gründenden Verband aller Metallarbeiter-Vereine Oesterreichs.

Die Tagesordnung ist folgende:

- 1) Berichte über Entwicklung und Stand der Organisationen.
2) Berathung und Beschlußfassung über den zu gründenden Verband aller Metallarbeiter-Vereine.
3) Fachpresse.
4) Anträge und Anfragen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Nordamerika.

Wir reproduzieren in voriger Nummer einen Artikel des „Correspondenzblatt“ über die amerikanische Gewerkschaftsbewegung. Das „Hamburger Echo“, welches ebenfalls Auszüge aus dem Bericht des Präsidenten Gompers bringt, bemerkt dazu:

Uns liegen die Auslassungen des bedeutendsten unserer amerikanischen Parteiorgane, der „New Yorker Volkszeitung“, über den Bericht des Herrn Gompers vor. Danach erscheint Manches doch in etwas anderer Licht. Die „Volksztg.“ wirft Herrn Gompers Schönfärberei rücksichtlich der Zustände in der Federation vor; es sei nicht gut, daß selbst zu täuschen; die für den Achtundtag kämpfenden Vertreter seien von ihm ignoriert im Stich gelassen worden. Weiter seine Stellung zu der Frage des nächsten internationalen Kongresses habe Gompers die Unwahrheit berichtet; es müßte bei dem Beschluß des Brüsseler Kongresses, den nächsten internationalen Kongress nicht in Chicago, sondern in einem anderen Lande abzuhalten, bleiben.

Ueber den Verlauf der Konvention in Birmingham läßt sich die „Volksztg.“ folgendermaßen aus:

Samuel Gompers hat schon mehrfach das Unglück gehabt, sich und seine Bestrebungen von Seiten der kapitalistischen Presse auf das Wärmste unterstützt und befürwortet zu sehen. Er hat ihm das freilich bisher nur wenig gekostet. Vermuthlich weil die anglo-amerikanischen Arbeiter eine eigene Presse nur in sehr spärlichen Exemplaren besitzen, müßte die Berührung eines Landes von gegnerischer Seite nicht zu fassen vermögen, vielmehr nur als eine Art Compliment gegenüber der Arbeiterklasse angesehen. Und doch konnten sich Gompers und seine Freunde an den fünf Fingern abzählen, daß für alle Mal auf dem letzten Wege sind, wenn die kapitalistische Presse etwas gutheißt, was sie thut. Die Kapitalisten und ihre Schreibknechte haben doch allen erdenklichen Anlaß zu wünschen, daß die Arbeiter nicht

ihrer Klasse sind, denn das Arbeiterinteresse kann nur gefördert werden auf Kosten des Kapitalinteresses. Das Unternehmertum wird sich also hüten, der Arbeiterbewegung, resp. deren Führern, Sympathie entgegenzubringen, sobald sie ernstlich die Arbeiterfrage fördern. Solche Sympathiebewegungen sind immer ein unmittelbarer Beweis dafür, daß die Besorgten entweder Nichts für die Arbeiterfrage thun, oder es bei unwirksamen Maßnahmen bewenden lassen. Das gehört nämlich auch zur Taktik der Kapitalisten, daß sie event. positives Vorgehen der Arbeiter scheinbar indoktrirt, so lange sie weiß, daß die betreffenden Bestrebungen ausichtslos sind.

So wurde auch Goopers letzter Jahresbericht in seiner rosafarbenen Inhaltslosigkeit von der gesamten kapitalistischen Presse auf das Wärmste kommentirt. Man sah eben deutlich genug voraus, wenn der Verkauf der Konvention von Birmingham dem Jahresbericht ebensürftig war, dann konnte das Unternehmertum für das kommende Jahr ruhig sein Haupt auf's Riffen legen von der „American Federation of Labor“ hatte es nichts zu fürchten.

Und so ist es gekommen. Die Konvention hat nicht nur nichts gethan für die Arbeiter, sondern ist in so absoluter Bedeutungslosigkeit verlaufen, daß selbst die kapitalistische Presse nicht recht gewußt hat, was sie aus den nichtsagenden Verhandlungen machen sollte. Leider mißverstehen die anglo-amerikanischen Arbeiter in ihrer großen Mehrheit das Motiv dieser Haltung der kapitalistischen Zeitungen vollständig und die Arbeiterpresse — wie gesagt — welche ihnen darüber die Augen öffnen könnte, ist nur spärlich gesät im Lande, oder sie blüht lustig mit in das nämliche Horn.

Zum Beweise übrigens, daß die „New Yorker Volksztg.“ in der deutschen Arbeiterpresse durchaus nicht allein steht mit ihrem Urtheil, seien hier einige anderweitige Aeußerungen zitiert. Die „Indiana Tribune“ schreibt: „Herr Gompers sagt sehr geflissen, die Konvention der „American Federation of Labor“ vertrete 750 000 organisierte Arbeiter. Dabei bringe die Jahreseinnahme 21 346 Doll. zu 3 Cents pro Mann. Eine Organisation, welche bei einer Mitgliederzahl von über 700 000 nur eine Jahreseinnahme von 21 000 Doll. hat, ist gar nicht aktionsfähig. Und in der That wird es schwer sein, auf irgend etwas hinzuweisen, das die „American Federation of Labor“ bis jetzt gethan oder beabsichtigt hat. Der Verband ist auch viel zu los, als daß er auf gewerkschaftlicher Basis pure und simple irgend etwas thun könnte. Das scheint aber ganz nach dem Geschmack des Herrn Gompers zu sein, der es wahrscheinlich für den einzigen Zweck der Federation hält, ihm Gelegenheit zu einer Jahresbotschaft zu geben.“ — Das „St. Louis Tageblatt“: „Unbedeutend und nichtsagend, wie diese Konvention haben wir noch keinen Arbeiterkongress verlaufen sehen. Nicht eine Resolution, welche des Aufhebens werth, nicht ein Gebanke, der in weitere Kreise zu dringen bestimmt und geeignet wäre; keine Persönlichkeit, welche über die allgemeine Weisheit der Berjammlung hervorragt.“

Und schließlich das „Phil. Tagel.“: „Beider muß gesagt werden, daß die Konvention der American Federation of Labor in Birmingham einen sehr schlechten Verlauf genommen hat. Wenn sie wirklich den Ausdruck des besten Theils der Arbeiterschaft dieses Landes repräsentirte, dann kann man bloß mit Bedauern durch sie konstatiert sehen, wie rückständig die amerikanischen Arbeiter noch sind — Das Ergebnis der Konvention ist ein durchaus negatives. Durch den Beschluß, den Streikfonds abzuschießen, ist die Federation geschwächt worden. Der Plan, das Achtundstündensystem nach und nach einzuführen, ist fehlerhaft. Sie kann den Arbeitern in der Zukunft nur noch nützlich sein durch die allgemeine Agitation und durch Boykotts. Finanzielle Unterstützung haben die Gewerkschaften nicht zu erwarten. Das politische Gebiet in irgend welcher Weise zu betreten, ist abgelehnt worden. Das Alte ist todt und Neues wurde nicht geschaffen. Ob die Federation in diesem Zustande weiter bestehen kann, bleibt abzuwarten.“

In einem anderen Artikel schreibt unser Parteiorgan: „Die Wiedererwählung von Gompers für den Präsidentenposten mit erdrückender Mehrheit wäre an sich hinreichend, den Verlauf der Konvention der „American Federation of Labor“ zu charakterisiren. Aber diese Wiederwahl war genau so selbstverständlich, wie alles andere. Der große Arbeiterunwille zeigt eben keinen Mann in seinen Reihen, der es so wie Gompers verstände, durch eine möglichst nichtsagende, charakterlose Haltung die verächtlichsten konservativen Nurgewerkschaftler, die verbliebenen „Sozialisten“ und die neue Richtung der Gewerkschafts-Anarchisten unter einem Hut zusammenzuhalten. Wir kennen Leute, die gerade aus diesem Grunde Gompers Wiederwahl gutheißten. Wir würden ihnen sogar beipflichten, wenn mit diesem Zusammenhalten auch nur die leiseste Aussicht auf einen

erfolgreichen ökonomischen Versuch auf der ganzen Linie verbunden wäre. Aber bios um des lieben Zusammenhaltens willen nach zwei Jahren kläglicher Erfolglosigkeit und unter dem unmittelbaren Ausblick auf ein drittes und weiteres altem Anscheine nach ebenso erfolglose Jahre, jene Farb- und Charakterlosigkeit im alten Sinne wieder zu überwinden — das gilt uns denn doch als ein Zeichen kläglicher Stagnation. Mag sein, daß Gompers heute der „Mann der Situation“ für die U. F. of A. ist und daß ein anderer vielleicht noch schlechter gewesen wäre — aber dann beklagen wir eben, daß er dieser Mann ist, d. h. soviel als, daß die Gompers und Federation einander würdig sind, soweit die Interessen des Fortschritts in der Arbeiterbewegung in Frage stehen.

Von besonderem Interesse ist für uns natürlich die Frage der „politischen Aktion“. Da tritt nun die innere Haltlosigkeit des leitenden Elements in der U. F. of A. so recht deutlich zu Tage. In seinem Jahresbericht zeigte z. B. General-Sekretär Chris. Evans, daß es ihm auf eine schöne Gompers'sche Lebensart, hinter der nichts steht, durchaus nicht ankommt. Er deklamierte: „Unser Kriegsruf sollte sein: Gehegung zur Erleichterung der Lage der arbeitenden Klassen gegen die selbstthätige Vier Weniger. Laßt das von uns durch sichere Erfahrungen gewonnene Wissen uns als Führer dienen, damit wir so viel wie möglich die Fehler der Vergangenheit vermeiden.“

Ein recht akzeptabler „Kriegsruf“, eine recht bemerkenswerte Absicht! Aber hat man im Verlauf der Konvention auch den leisesten Hauch von jenem „Kriegsruf“, von der Verwertung der „bitteren Erfahrungen“, — mit dem Politikern der alten Parteien — gespürt? Gewiß, man hat ein bißchen ge„talkt“ und ein paar Resolutionen angenommen, in denen von arbeiterfreundlicher Gesetzgebung die Rede ist. Aber was thut man mit einem „Kriegsruf“, wenn man gar nicht Willens ist, ein Heer zu sammeln, um gegen den Feind anzugehen? Wenn man ganz einfach sich dabei bescheidet, mit dem Feinde weiter zu — schachern wie bisher, und weiter sich betragen zu lassen, wie bisher, trotz aller „bitteren Erfahrungen“? Ist das nicht das echte Messer ohne Stiel, an dem die Klinge fehlt?

So die amerikanische Arbeiterpresse über Gompers, seinen Bericht und die Konvention. Die deutsche Arbeiterpresse ist verpflichtet, wenn sie über Gompers' Auslassungen aus dem Kongress berichtet, auch von der Kritik unserer amerikanischen Brüdervorgänger zu nehmen, die jedenfalls ein kompetenteres Urtheil über die Sache haben, als man sich aus der Ferne bilden kann.

Zur Geschäftslage.

Die „Westfälische Freie Presse“ meldet darüber aus Dortmund: Die neuesten Berichte vom rheinisch-westfälischen Stahlmarkt lauten düster wie vorher. Eine Absatzrückung schlimmsten Grades lagert über dem Handel. Die Eisenbarone suchen auf der einen Seite zu trösten, daß die zur Zeit herrschende Marktstille eine Nachwirkung der Feiertage sei. Aber sofort kommt auch die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß dieser Feiertagslagenjammer ein wenig sehr lange dauern werde. Die „Rhein. Westf. Zig.“ schreibt: „Anzeichen, daß in der nächsten Zeit eine Besserung des Marktes eintreten werde, sind jedoch noch so gut wie gar nicht vorhanden.“ Ebenso lauten die Berichte der Eisenindustriellen in Ober-Sachsen und England. In England sind laut Mittheilung im „Glas auf“, dem Organ der Dortmunder Grubenbarone, weniger Hoffnungen in den Eisenindustriellen im Betreff, die Preise der Kohlen sind im letzten Jahre stark gesunken und wenn die Verkaufsabschlüsse in Kraft treten werden, so werden, weil die Taschen der Grubenbesitzer sich nicht so schnell wie zuvor füllen, schließlich die Lohnherabsetzungen eintreten. Auch in Obersachsen kann der Betrieb „nur dann mit Nutzen fortgeführt werden, wenn Kohlen und Arbeitslöhne heruntergesetzt werden.“ Die Dividenden dürfen ja nicht ausbleiben und sollen außerdem eine erspriessliche Höhe haben, damit die Aktionäre nicht in Zorn gerathen und sich zurückziehen. Das läßt sich, weil die Kohlen nun einmal im Preise heruntergehen müssen, nur durch Beschneiden der Löhne, also eine größere Ausbeutung der Arbeitskraft erreichen. Wie schänderhaft es übrigens auf dem rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlmarkt aussieht, möge eine Blüthenlese von Ausdrücken aus dem letzten Marktbericht beweisen. Da heißt es:

„In Eisenwerken ist der Verkehr noch wenig lebhaft. Das Geschäft ist flau, und die Preise sind gedrückt.“

„Das Roheisengeschäft ist unbedeutend schleppend. Die Preise sind zwar im Ganzen und Großen dieselben geblieben, doch versuchen die Käufer stets, dieselben zu

drücken, trotzdem sie meist nur kleine Posten abzurufen.“

„Auf dem Walzisenmarkt macht sich ein lebhafterer Umgang von Aufträgen vorläufig noch nicht bemerkbar.“

„Stabeisen war vom Inlande her schwach gefragt. Etwas lebhafter ankaltete sich bei einzelnen Werken die Nachfrage vom Auslande, doch gibt man sich in dieser Hinsicht nicht allzu großen Hoffnungen hin.“

„In Waidelisen dauert die Zurückhaltung der Käufer und in Folge dessen ungenügende Beschäftigung der Werke fort.“

„In Betreff der Grobbleche heißt es: „Aufträge auf längere Lieferfristen werden noch verweigert. Bis jetzt haben sich Anzeichen eines Umschwunges noch nicht bemerkbar gemacht.“

„Feinbleche sind nach wie vor flau und die Preise gedrückt.“

„Die Maschinenfabriken und Eisengießereien sind nur zum kleinen Theil befriedigend beschäftigt; die meisten klagen über Arbeitsmangel und gedrückte Preise.“

Eine gute Geschäftsfrage lenkt der Bericht nur für die Eisenbahnwagen-Fabriken. Es ist wahrlich ein entsetzlich trauriges Bild, welches diese Berichte entrollen, traurig nicht für die Dividendenbesitzer, für die immer noch gesorgt wird, aber traurig für die Dividendenbesitzer, die Arbeiter, die ihre Kraft in die Waaren hineinarbeiten und doch keinen Lohn dafür erhalten, der diese herausgabende Kraft ersetzen zu können ermöglicht. Das ist das vielgerühmte System der heutigen Gesellschaftsordnung, welches hier in seinen Früchten zur Kenntniß kommt. Die Krise wird zahllosen Arbeitern, die bis jetzt noch nicht ihre Lage zu erkennen und zu begreifen im Stande waren, die Augen öffnen und sie in die Reihen derer sich stellen heißen, die eine andere Gesellschaftsordnung, in der es keine Dividenden gibt, erkämpfen und erkämpfen werden. Daraus werden alle sogenannte „Arbeiterfreunde“ nichts ändern.

Zur Abschätzung der Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit nach Unfällen.

Eine recht beachtenswerthe Anleitung dazu bietet das jetzt erschienene Buch von Dr. L. Becker-Berlin. Dasselbe stellt die Grundsätze fest, nach welchen die ärztlichen Gutachten auszuwerten sind, in welchen ausgesprochen sein soll, beziehungsweise in welchem Grade durch die Folgen eines Unfalls die Arbeitsfähigkeit eines Verletzten vermindert oder auch ganz vernichtet wurde, was in Prozenten der früheren Arbeitsfähigkeit ausgedrückt werden soll.

Zur allgemeinen Theile des Buches, das schon die dritte Auflage erlebt, bringt der Verfasser die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, welche im Wesentlichen festlegen, daß jeder während des Betriebes verletzte Arbeiter zu erhalten hat: Im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit 66 2/3 Proz. des Arbeitsverdienstes und im Falle theilweiser Erwerbsunfähigkeit einen Bruchtheil dieser Rente, welcher nach dem Grade der verbliebenen Erwerbsunfähigkeit zu bemessen ist.

Nun werden ausführlich erörtert die Begriffe des Unfalls während des Betriebes, der hieraus erfolgenden Körperverletzung, Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit, und wird man bei letzterem Punkte zwischen der speziellen (professionellen) und der allgemeinen Erwerbsfähigkeit unterscheiden müssen.

Wesentlich sei die Annahme eines allgemeinen Entschädigungstarifes, wie z. B. bei der kölnischen (privaten) Versicherungs-Gesellschaft, welche vergütet: Für den Verlust beider Augen, Arme oder Beine 100 Prozent, für den Verlust eines Auges 33 1/3 Prozent, des rechten Armes 60 Proz., des linken 40 Prozent, eines Beines oder Fußes 50 Prozent, des rechten Daumens bis zu 22 Prozent, des linken bis zu 14 Prozent. Dr. L. Becker verlangt mit Recht, daß jeder einzelne Fall nicht nach der Schablone, sondern separat erwogen werde.

Zur zweiten Theile des Buches wird u. A. die Frage behandelt, betr. die Beeinträchtigung der Brauchbarkeit der Arme durch Veräumerungen in den Gelenken, schlecht geheilte Knochenbrüche, Narben nach ausgebreiteten Brandwunden und Verlust einzelner Theile. In letzterer Beziehung wird betont: „Mit dem Verluste einer Hand geht nicht nur die Arbeitsleistung dieser Hand, sondern auch der ganze Effekt des Zusammenwirkens beider Hände verloren. Zu jeder Arbeit ist das Zusammenwirken beider Hände notwendig; bei jeder Arbeit hält die eine Hand den Gegenstand fest, um die Einwirkung der anderen Hand zu sichern. Man scheint diesen Umstand vergessen zu haben, wenn man in den offiziellen deutschen „Entschädigungstarifen“ den Verlust der rechten Hand auf 60 Prozent und den der linken auf 40 Prozent schätzt. Rechnet man dazu noch die Unvollkommenheit, die bei den einfachsten Verrichtungen des Lebens, wie Aus- und Ankleiden u. s. w., welche doch auch zur Bereitschaft für die

Arbeit notwendig sind, durch den Verlust einer Hand erwächst, so muß man billigerweise die Einbuße an Erwerbsfähigkeit bei Verlust der rechten Hand auf 75 Proz. und der linken Hand nur wenig geringer, auf 60 Prozent der normalen schätzen. Für die Arbeitsfähigkeit ist es daher sehr gerechtfertigt, ob das Glied im Handgelenke oder an der Schulter amputirt ist, sobald die Hand fehlt, taugt der Arm nicht mehr viel. Rechnerische Gesichtspunkte werden auch für die Abschätzung der durch Verletzungen der Füße hervorgerufenen Schäden entwickelt. Das Studium des reichen Inhaltes dieses Buches, das seinen Stoff nach allen Richtungen hin mit seltener Gründlichkeit erschöpft und durchaus vom Geiste der Humanität und Vertretung der Arbeiterinteressen erfüllt ist, kann demnach Allen empfohlen werden, welche zur Unfallversicherung in irgend einer Beziehung stehen, also nicht nur Verzehten, sondern auch Beamten und Interessenten der Unfallversicherungen, den Berufsgenossenschaftler und Krankenkassen und vor Allem den versicherten Arbeitern selbst.

Korrespondenzen.

Formen.

Ebersfeld. Am 13. Dezember wurde hier eine Formerverammlung abgehalten. In der Einladung hieß es: „Einladung einer Jahrsitzung.“ Es stellte sich in der Versammlung heraus, daß das eine Jahrsitzung des Schwarz'schen Verbandes werden sollte. Als Referent fungierte Herr Meili, der früher auch für das große Ganze gestrebt hat. Seine Ausführungen wurden gründlich widerlegt. Natürlich kam bei A. auch die „Metallarbeiterzeitung“ schlecht weg, er nannte den Genossen Scherm den „allmächtigen Gott der Metallarbeiter“. (Wu sehr erfreut über diese neue Würde. J. S.) Die Versammlung verlief resultatlos.

Gaulfeld. Der Zustand der Formen auf der Wilhelmshütte ist beendet.

Klempner.

Altona. Mitglieder-Versammlung der Sektion der Klempner und verw. Berufsgenossen vom 29. Dezember. Nachdem der Vorsitzende die Tagesordnung vorgelesen hatte, verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung, welches genehmigt wurde. Punkt 1 der Tagesordnung war Bericht des Bibliothekars. Nachdem derselbe kurz den Stand der Bibliothek klar gelegt und berichtet hatte, daß 6 Bücher fehlen, wurden auf Vorschlag der Kollegen Böhme und Damos gewählt. Dieselben sollen sich bemühen, die fehlenden Bücher wieder ganz oder theilweise anzuschaffen. Punkt 2: Hamburger Reise-Unterstützungs-Auszahlung, steht auf den Wunsch des Hamburger Geschäftsführers Kollegen Henne noch einmal zur Debatte. Nachdem Kollege Henne in längerer Ausführung den Wunsch ausgesprochen, den Beschluß der letzten Versammlung unzulässig und die Kosten mitzutragen. sprachen sich verschiedene Redner dagegen aus. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, es bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, da diese Versammlung zu schwach besucht sei. Punkt 2 wurde gleichfalls bis zur nächsten Versammlung vertagt. Bei Beschiedenes machte der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung erst in 4 Wochen stattfindet; er bat, recht rege zu agitieren, da in derselben ein Referent spricht. Gleichzeitig wurde bekannt gemacht, daß die gedruckten Einladungskarten zu den Versammlungen in Empfang genommen werden können.

Hamburg. Sektion der Klempner. Versammlungsbericht vom 5. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken eines verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Sigen. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 16. Dezember wurde beraten über die Geschäftsführung und die damit verbundenen Kosten. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen: Den Geschäftsführerposten unter allen Umständen beizubehalten, bezugleich die Kopvortage der Zeitung durch die Stadtpost. Zur Deckung der dazu nöthigen Mehrausgaben wurde beschlossen, einen monatlichen Extrabeitrag von 20 M vom Januar an zu erheben. Zum Punkt: Beerdigungsfrage, wurde beschlossen: „Es ist wie bisher, so auch weiterhin, Kranzsende und Beerdigung beizubehalten.“ Zum Punkt: Arbeitsnachweis, wurde die Lokalfrage vertagt, appellirt wurde aber an diejenigen Kollegen, die in den Werkstätten tätig sind, daß sie nicht veräumen müssen, der Beerdigung den Arbeitsnachweis zu empfehlen resp. zu heiligen. Zum Punkt: Vergütungsangelegenheiten, wurde beschlossen, am 3. Juli per Dampfer eine Sommerausfahrt nach Harburg zu unternehmen. Bekannt gegeben wurde, daß die Sektions-Liedertafel sehr entgegenkommend auf die bisher gezahlte Unterstützungssumme vom Beginn dieses Jahres an verzichtet; erwartet wird, daß dafür auch weiterhin die Sektion die Liedertafel indirekt

unterstützen werde. Eine Resolution in dieser Sinne wurde von der Versammlung angenommen. Zum Schluß wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die neu und in Zirkulation gesetzten Sammelkarten der Buchdrucker umgehend einzuliefern und neue Listen in Empfang zu nehmen sind im Sektions-Bureau, Schopenhofstr. 22, II.

Metall-Arbeiter.

Altona. Am Schlußabend feierte die hiesige Verwaltungsstelle ihr Weihnachtsfest, verbunden mit Christbaumzerloofung, Konzert und Tanz. Es muß aber sehr bedauert werden, daß die Kollegen so wenig zahlreich erschienen waren. Zuerst wird dafür gestimmt, ein Fest zu feiern, und dann bleiben die Kollegen aus. Im Uebrigen kann man sagen, daß das Fest gut verlaufen ist, es waren einige Kollegen da, die ihre Gewinne zum Nutzen der streikenden Buchdrucker verstreigern ließen, was einen Betrag von 12 M 5 J eintrug. Es wäre sonst hier in Altona auch sehr notwendig, wenn sich die Kollegen besser vereinigen, aber der eine jagt, der andere es kostet mir zu viel Geld u. s. w. Aber wenn ihm die Herren Fabrikanten 10, 15 oder auch 20 Prozent abziehen, das können die Herren Kollegen hier leiden. Und wenn man ihnen darauf sagt, das dürfen sie nicht leiden, dann wird einfaß erwidert: ja was soll man dagegen machen, man muß sich schon was gefallen lassen heut zu Tage, denn es sind schlechte Zeiten. Denn man muß dann einige Stunden länger arbeiten, anstatt daß man für Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, um dafür zu sorgen, daß die Kollegen, die auf der Straße herumlaufen und Arbeit suchen, auch Arbeit erhalten. Sodann sei hier noch bemerkt, daß das frühere Fachereinsmitglied Koam Grub, Drahtzieher, im vorigen Winter 112 M 50 J Unterstützung erhalten und nachträglich noch keinen Pfennig Beitrag wieder bezahlt hat, trotz oftmaligen Mahnen. Da kann man sagen: das sind schöne Kollegen. Es sind auch sonst noch viele Kollegen da, die ihre Beiträge nicht bis zum Schluß der Auflösung entrichtet haben, darunter solche, die sehr gut bezahlen könnten, wenn sie nur wollten. Die Zeit wird auch noch kommen, wo diese einsehen, daß sie unrecht gehandelt haben.

Bodenheim. Die Verwaltungsstelle des D. M. V. hielt am 2. Januar eine Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung: Vortrag über die neue Gewerbeordnung, Rassenbericht, Beschließenes und Fragelasten. Genosse Brand erklärte, da die Gewerbeordnung sehr umfangreich sei, würde dies Thema 3 Versammlungen in Anspruch nehmen. Er führte darauf in fast einständiger Rede den ersten Theil vor und erläuterte die für uns wichtigen Paragraphen in sehr sachlicher Weise, wofür ihm der Dank der Versammlung zu Theil wurde. Die Abrechnung vom Monat November und Dezember ergab eine Einnahme von M 224,37 und wurden M 154,22 an die Hauptkasse gesandt. Von den 53 1/3 Prozent verblieb ein Ueberschuß von 30 M. Dem Kassier wurde auf Antrag der Revisionen Decharge erteilt. Auf Antrag der Versammlung wurden den streikenden Buchdruckern 15 M und den Diamantschleifern in Hanau 10 M bewilligt. Um den Buchdruckern eine regelmäßige Unterstützung zukommen zu lassen, wurde beschlossen, unter den Kollegen mehrere Sammellisten zirkulieren zu lassen, worauf freiwillige Beiträge gezeichnet werden können.

Harburg. Metallarbeiter-Verband. Am 19. Dezember hielten wir unsere monatliche Mitglieder-Versammlung ab. Bei Beschiedenes“ entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Erziehung von Verwaltungsstellen in den nächstliegenden Städten, hauptsächlich Lüneburg und Stade. Die definitive Beschlusfassung wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben.

Harburg. In einer hiesigen Metallarbeiter-Versammlung wurde Genosse Segig-Fürth als internationaler Vertrauensmann bestätigt.

Leipzig. Der Metallarbeiterverein hielt am 5. Januar im Saale der Volkshallen seine Mitglieder-Versammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1) Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung rückstehender Beiträge. 2) Die elektrische Kraftübertragung und ihre Anwendung in der Praxis. Referent Kollege Grothe. 3) Diskussion. 4) Vereinsangelegenheiten. Punkt 1 wurde vertagt und erhielt zu Punkt 2 der Referent Grothe das Wort, der ein klares Bild vorführte, wofür ihm von der Versammlung durch den Vorsitzenden der beste Dank ausgesprochen wurde. Nachdem der erste Punkt erledigt, ging der Vorsitzende des Näheren noch einmal auf den Vortrag ein. Am Punkt 4 theilte Gen. Meißel an Schiemann, die selben schickten die jetzige Lage der Buchdrucker und forderten am Schluß zur materiellen Unterstützung auf. Eine eingegangene Frage, betreffs Einberufung einer öffentlichen Versammlung mit der Tagesordnung: 1) Herbergweien in zentralistischer Form. 2) Der gegenwärtige Buchdruckerstreik und das Gewerkschafts-

Kartell. Der Gewerkschafts-Kongress zu...

Ohligs. Die am 3. Januar abgehaltene...

Regensburg. Die hiesige Verwaltungsstelle...

Worms. Am 3. Januar hielt die hiesige...

ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder...

Schlager. Die Umarmung in den...

Schwabach. Am 13. Dezember v. J. fand...

Gaunstatt. Deutscher Metallarbeiter-Verband...

Vermischtes.

Der Vorstand des Unterstutzungsvereins...

Reklame für die Gewerkschaften...

leiten lassen. Leider gibt es immer noch...

nehmen muß, unsere Bekanntmachungen...

Ein stets wiederkehrender Fehler ist...

Diejenigen übergetretenen Mitglieder...

Diejenigen übergetretenen Mitglieder...

Diejenigen übergetretenen Mitglieder...

Die Mitglieder, die auf Grund von...

Die unter 4 und 5 aufgeführten...

Alle die angeführten Mitglieder erhalten...

Die Mitglieder, die keine Mitgliedschaft...

Die Mitglieder, die auf einer Tour im...

Diese Bestimmungen bitten wir genau...

Es herrscht noch verschiedentlich die...

Da mit dem Jahresabschluss wieder...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Trotzdem von uns schon öfters auf...

genau zu beachten, da wir von jetzt...

Es herrscht noch verschiedentlich die...

Da mit dem Jahresabschluss wieder...

Abrechnung (Januar und Februar) gehören.

Es ist genau darauf zu achten, daß die Abrechnungen von der gesamten Ortsverwaltung unterzeichnet und mit dem Ortstempel versehen sind.

Die Vertrauensmänner der Orte, wo örtliche Verwaltungsstellen nicht bestehen, haben gelegentlich der Anstellung der Abrechnung in einer öffentlichen Versammlung der Verbandsmitglieder Revisoren wählen zu lassen, welche die Abrechnung zu prüfen und mit zu unterzeichnen haben.

Die Mitgliedsbücher Nr. 16182 von Joh. Walter, Former, geb. 25. Oktober 1860, eingetragen in Halle, und Nr. 30798 von Joh. Blendinger, Schreiner, geb. 15. Sept. 1868 zu Ansbach, sind ungiltig.

Welche werden von den Ortsbeamten für verlorene Mitgliedsbücher neue, mit anderen Nummern ausgestellt. Dieses ist nicht statthaft, Erfahrungsgeldest stellt nur der Vorstand aus.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß von den nachfolgenden Orten der Bezug der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten ist: Feilenhauer von Chemnitz und Metallschläger von Dröben.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse des Hauptkassiers

Ed. Goldbach, Stuttgart, Kurze Str. 3, part.

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwießenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken und die Kongressprotokolle ist.

Das Mitglied Feilenhauer Franz Schmidt aus Pausitz, in den Verband am 1. August d. J. übergetreten, und bis Mitte Oktober in Bier (Ostfriesland) beschäftigt gewesen, wird ersucht, seine Adresse und Personalien nach hier anzugeben, damit wir ihm sein Mitgliedsbuch zustellen können.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro Dezember 1891.

Einnahme. Kassenbestand bei der letzten Abrechnung 557,96. Von aufgelösten Vereinen: Former, Offenbach G. 4,98. Selbigeier und Gürtler, Leipzig B. 39,62. Klempner, Dortmund G. 30. Schlosser, Dresden Sch. 7,70. Metallarbeiter, Dresden: Sch. 28,16. Klempner, Dresden Sch. 36,38. Metallarbeiter, Groitsch i. S. W. 8. Einschreibegeld und Beiträge. Beiträge bei Darmstadt 9. Eßlingen, Sektion der Feilenhauer 18,10. Würzen B. Sch. 20. Ettlin 50. Uhlhausen i. Th. 5. Leipzig (Ost) 50. R. 50. Ullrich in Hoflein 6,10. Schöningen 42,25. Cannstatt, Sektion der Former 27,40. Lindenfeld 20,20. Cannstatt 80. Ohligs 100. Penig B. R. 4,35. Offenbach, Sektion der Former 19,20. Schwabach 7. Linde b. Hannover 120. Offenbach 60. Dürich 28,31. Effen a. d. Ruhr 50. Fürth 90. Döbeln, W. P. 64. Nürnberg, Sektion der Rinnaleiter 12. Weimendorfer 30,70. Höchst a. M. 60. Speyer 34,50. Nürnberg, Sektion der Reichzeug-Industrie 97,40. Braunschweig, Sektion der Schlosser und Maschinenbauer 174. Neumünster 20. Chemnitz B. R. der Feilenhauer 47. Hannover 100. Leipzig (West) 2. Sch. 100. Jechow 10. Schnitzing-Doos 24,28. Vechhausen 50. Nürnberg: Sektion der Heizer und Maschinenwärter 20. Sektion der Schmiede 42. Sektion der Flaschner 100. Sektion der Feilenhauer 15. Sektion der Mechaniker 22. Sektion der Metall-drücker 60. Sektion der Roth- und Glodengießer 42. Sektion der Former 80. Sektion der Schlosser und Maschinenbauer 300. Umbach i. S. W. R. 20. Wodenheim bei Frankfurt a. M. 145,10. Dresden, B. Sch. 46,76. Heidenheim 28. Schnitzing-Doos 19,61. Hamburg, Sektion der Schlosser und Maschinenbauer 119,30. Düsseldorf 100. Cannstatt 40. Fürth 91,75. Schwabach 109,39. Lambrecht 14,90. Hamburg, Sektion der Gürtler und Selbigeier 93. Altenburg 56,60. Oberursel 3,90. Breslau 48,98. Einzel-Mitglieder der Hauptkasse 74,85. Für Extra-Marken: Nürnberg, Sektion der Metallschläger 16,70. Würzen B. Sch. 6. Freising 7. Effen a. d. Ruhr 10. Fürth 10. Konstanz 10. Braunschweig, Sektion der Schlosser und Maschinenbauer 26. Wassen, Sektion der Former 3,60. Schnitzing-Doos 2,90. Fürth 3,10. Schwabach 2. Einzel-Mitglieder der Hauptkasse 1,90. Extra-Einnahmen: Zuschuß v. Paruschowitz zurückgezahlt 30. Ueberweisung von einem Fest in Offenbach 20,19. Wodenheim, Ueberweisung 9,12. Für die Metallschläger in Dresden gesammelt in Schwabach 2,62. Für Agitation: Von G. Müller, Schluß 6.

Gehabtes Porto der Hauptkasse 6,28. Für Protokolle 62. Summa: 4341,74.

Ausgabe. Druckkosten: „Metallarbeiter-Zeitung“ 1000. Buchbinderarbeiten 26,70. Gehalt der drei Bureaubeamten 400. Wohnungsmiete nebst Bedienung 19. Für Anfertigung von Marken 190. Für Anfertigung von Stempeln 57,19. Für Bureaubehelfungen 58,40. Für Agitation 145,70. Wanderunterstützung der Einzel-Mitglieder 2,56. Sachliche Ausgaben 40,19. Zuschüsse an die Zahlstellen: Gottha W. 60. Cassel W. 60. Bamberg Sch. 50. Welsch S. 50. Würzburg Sch. 40. Poissbau St. 50. Heide i. Holstein S. 20. Hagen i. Westf. v. G. 60. Altona i. Westf. W. 30. Osnabrück G. 50. Apolda W. 40. Porto 58,14. Summa: 2582,88.

Bilanz

Einnahme 4341,74.

Ausgabe 2582,88.

Kassenbestand 1758,86.

An die Verbandsmitglieder des Bezirks Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M.

Kollegen! Schon der Kongress in Weimar beschloß, daß zur besseren Agitation Bezirksvertrauensmänner gewählt werden sollten.

Und obiger Bezirk kam diesem Beschlusse nach. Im Juli 1890 wurde in Kellertbach ein Vertrauensmann gewählt, weil man hoffte, durch planmäßige Agitation in diesem Bezirke noch viele Kollegen zur Organisation heranziehen zu können. Diese Hoffnung wurde nicht getrübt. Durch geschickte Agitation wuchs die Zahl der Organisationen beständig und mit ihr die der organisierten Kollegen. Anders gestaltete sich die Sache, als im Juli 1891 ein Personenwechsel bei diesem Posten eintrat. Die Agitation ließ nach; die Zahl der organisierten Kollegen ging allmählich zurück.

Aus diesem Grunde und um ein weiteres Sinken der Mitgliederzahl zu verhüten, beschloß der Vorstand und der Ausschuß in der am 3. Januar in Stuttgart abgehaltenen gemeinsamen Sitzung, die Nennwahl eines Vertrauensmannes für obigen Bezirk vorzunehmen.

Von einer Bezirkskonferenz wurde, um unnötige Ausgaben zu vermeiden, Abstand genommen, vielmehr soll die Wahl in der Weise vorgenommen werden, daß zunächst jede Mitgliedschaft einen Kandidaten vorschlägt. Bei der später erfolgenden Wahl ist dann Derjenige gewählt, der die meisten Stimmen erhält.

Die Leitung der Wahl wurde dem Ausschusse übertragen.

Wir ersuchen daher alle Mitgliedschaften des Verbandes im obigen Bezirk, uns für diesen Posten geeignete Kandidaten vorzuschlagen, d. h. nur solche Kollegen, von denen sie überzeugt sind, daß dieselben ihren Pflichten als Vertrauensmann auch wirklich nachkommen werden.

Die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten sind bis spätestens zum 1. Febr. an Karl Berger, Frankfurt a. M., Deberweg 33, IV, einzuliefern.

Mit kollegialem Gruß

Der Ausschuß

des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Aufruf

an die Metallarbeiter des Herzogthums Anhalt.

Werthe Kollegen! Von Seiten der hiesigen Kollegen wird zum 31. Januar eine Metallarbeiter-Konferenz nach Halle einberufen, und es werden dazu die Metallarbeiter der Provinz Sachsen und der angrenzenden Staaten eingeladen. Da wir gleichfalls eine Metallarbeiter-Konferenz abhalten müssen, so bin ich der Meinung, daß wir von derselben Abstand nehmen und Delegirte nach Halle schicken. Kollegen, da es unsere Pflicht ist mit einzugreifen in die Agitation, so ersuche ich Euch, bald klar zu werden, ob wir die Halle'sche Konferenz aus Anhalt beschicken oder nicht. Wenn Ihr der Meinung seid, daß wir Delegirte hinschicken, so möchte ich den Delegirten aufgeben wissen, daß sie danach hinstreben müssen, daß zwischen den Metallarbeitern der Provinz Sachsen und Anhalt eine engere Verbindung stattfindet.

Mit kollegialem Gruß

Karl Wittjische,

Verenburg, Wasserthurnstraße 26.

Zutritte zum Gewerkschafts-Kongress.

Vorstand und Ausschuß des Verbandes Deutscher Zimmerleute:

Rejoindition:

In Erwägung, daß die Bildung von Unions bei den meisten Gewerkschaften eine Erhöhung der Beiträge notwendig erforderlich macht.

In weiterer Erwägung, daß die Mitglieder vieler Organisationen zu einer höheren Beitragsleistung aber nicht herangezogen werden können und in schlechlicher Erwägung, daß eine auf gemeinschaftliche Kosten zu betreibende Agitation für die zur Union gehörenden Berufsorganisationen nicht geeignet erscheint, beschloß der Gewerkschafts-Kongress, mit der Bildung von Unions vorläufig noch nicht vorzugehen. Der Kongress beschloß jedoch, um für die Zukunft die Unions anzubahnen, daß sich die zunächst verwandten Gewerbe durch Kartellverträge verbinden. Diese Verträge sind dahin abzuschließen, daß sich die verwandten Berufe verpflichten:

- 1) sich bei Streiks oder Aussperrungen gegenseitig finanziell zu unterstützen;
2) ihre gegenseitigen Mitglieder auf der Meise zu unterstützen und zwar derart, daß an den Orten, wo die eine Organisation keine örtliche Verwaltungsstelle hat, die Unterstützung von der Organisation gezahlt wird, welche eine Verwaltungsstelle am Ort hat.

Die Generalkommission bleibt bestehen und hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

- 1) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;
2) die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommenen Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeiterschaft zusammenzustellen;
3) statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;
4) in bestimmten Fällen und unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereins-Vorstände an einzelne Gewerkschaften bei Aussperrungen Unterstützung aus dem vorhandenen Fonds zu gewähren.

Pflichten der einzelnen Zentralvereine der Generalkommission gegenüber:

- 1) hat jede zentralisierte Gewerkschaft pro Mitglied und Quartal 6 M an die Generalkommission zu leisten. Aus dieser Einnahme, sowie aus dem Ertrag der Extrabeiträge hat die Generalkommission die sämtlichen Ausgaben, einschließlich der Agitation und Aussperrungen zu bestreiten;
2) nach Beendigung eines jeden Streiks ist der Generalkommission schriftlich Bericht über den Verlauf und Erfolg des Streiks zu erstatten; desgleichen müssen der G.-K. die von den einzelnen Gewerkschaften aufgenommenen statistischen Erhebungen zur Verfügung gestellt werden.

Als Publikationsorgan der G.-K. bestimmt der Kongress eines der bestehenden Gewerkschaftsorgane. Dies ernannte Organ ist, sobald Bekanntmachungen der G.-K. darin enthalten sind, den Vorständen der Zentralvereine, den Vertrauensleuten derjenigen Gewerkschaften, deren Landesebene eine Zentralisierung unmöglich machen, sowie den Redaktionen der Arbeiterzeitungen gratis zuzustellen. Die Kosten des Mehrdrucks, sowie die der Zustellung trägt die Generalkommission.

Die Einderufung des nächsten Gewerkschafts-Kongresses bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereinsvorstände überlassen. (Schluß folgt.)

Abrechnung

über die Delegiertenkosten des früheren Fachvereins der Selbigeier und Gürtler Hamburgs und Umgegend.

Eingegangen auf Sammellisten, 1. Rate: Nr. 1 19,20. 2 9,40. 3 4,50. 4 3,60. 5 4. 6 9,30. 7 3,20. 8 3,80. 9 5,11. 10 6,50. 11 8,60. 12 2. 13 4,80. 14 6,20. 15 1,30. 16 4,95. 17 5,50. 18 leer. 19 0,50. 20 1,20. 21 leer. Summa: 102,76. 2. Rate: Nr. 1 8,70. 2 4,75. 3 3,80. 4 leer. 5 0,50. 6 leer. 7 0,50. 8 1,50. 9 2,90. 10 1,80. 11 leer. 12 leer. 13 2,35. 14 2,40. 15 0,50. 16 leer. 17 4,60. 18 3,25. 19 leer. 20 leer. 21 leer. Summa: 37,50.

Eingegangen durch eine Teller Sammlung in einer öffentlichen Versammlung 6,30. Zusammen 146,61. Zuschuß der Vereinstasse 5,54. Summa: 152,15.

Ausgaben: Für Diäten und Reisekosten des Delegierten 112,40. Annoncen im „Ghn“ 35,60. Porto und Schreibmaterial 1,15. Verjämmtlich und Diverses 3. Summa: 152,15.

Bilanz.

Einnahme 152,15.

Ausgabe 152,15.

Uebererschuß 0.

Revidirt und richtig befunden:

Hamburg, im Januar 1892.

G. Schröder, W. Noje.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart) J. H. W. Dieb' Verlag ist soeben das 15. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zur bürgerlichen Geschichtsschreibung. — Der Sozialismus in Rußland. — Die Vertriebenen Europas und Amerikas. — Die rechte Hand Sozialist's. Eine Wanderzeitung von Ferd. Wolff. — Notizen. — Festschriften: Der Traum Malars. Eine Weichnachtsgeschichte von W. Korolenko. (Fortsetzung.)

Sozialpolitisches Zentralblatt,

herausgegeben von Heinrich Braun, Verlag von J. Gutentag, Berlin. Dieses unseren Lesern schon längere angehängte neue Unternehmen ist am Montag mit der Nr. 1 des genannten Blattes in die Wirklichkeit getreten. Die erste Nummer erfüllt in vollem Maße, was die Ankündigung des Herausgebers versprochen. Das Arbeitsfeld des „Sozialpolitischen Zentralblattes“ ist danach ein außerordentlich weites und umfangreiches. Auf 16 Seiten Großquart in sauberster Ausstattung wird den Lesenden gar viel und mannigfaltig geboten und bei allen Auffagen tritt klar der in dem an der Spitze dieser ersten Nummer entwickelten Programm aufgeführte Grundgedanke zu Tage, bei allen wirtschaftlichen Fragen den sozialpolitischen Gesichtspunkt hervorzuheben. Die weitere der neuen Wochenchrift gestellte Aufgabe ein möglichst vollständiges Repertorium der Ereignisse und Thatsachen auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu werden, zu erfüllen, wird gleich in dieser ersten Nummer ein guter Anfang genommen, indem sowohl in größeren Aufsätzen, wie in kleineren Notizen, Material aus den verschiedensten Gebieten bearbeitet, bezw. zusammengetragen wird. Um unseren Lesern einen ungefähren Ueberblick zu ermöglichen, geben wir ein kurzes Inhaltsverzeichnis. Die Reihe der umfangreicheren Arbeiten wird eröffnet mit Aufsätzen über „Die sozialpolitische Bedeutung der neuen Handelsverträge, von Prof. Dr. C. J. Fuchs, und über „Die sozialpolitische Auffassung des Verbrechens“, von Prof. Dr. Franz v. List. Ihnen folgend unter der Sammelrubrik: „Soziale Wirtschaftspolitik“ eine Abhandlung über „Das Alkoholorganopol in der Schweiz“ von Fabrikinspektor Dr. F. Schäfer und eine kurze Mittheilung über „Großbetrieb im Kohlegewerbe“. Unter der Rubrik: „Arbeiterzustände“ berichtet Dr. Heinrich Braun nach einer von H. Kappeler veranstalteten Statistik über „Die Lage der deutschen Mühlenarbeiter“ und eine weitere Notiz behandelt die Lage der Leipziger Buchbinderarbeiter. Eine weitere Mittheilung ist der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gewidmet; behandelt wird der Buchdruckerstreik und der Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung; außerdem folgt eine Reihe kleinerer Notizen aus diesem Gebiet. Die nächste Rubrik behandelt die politische Arbeiterbewegung und schildert zunächst die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1891. Dieser Darlegung schließen sich ebenfalls einige kleinere Notizen an über die sozialdemokratische Partei der Schweiz und die Stellung der galizisch-jüdischen Arbeiter zum Sozialismus. Weitere Spezialrubriken sind der Unternehmerverbänden, der Arbeitervereine, der Gewerbeinspektion, der Arbeiterversicherung und den Wohnungsverhältnissen und der Wohnungsgesetzgebung gewidmet. Wie man sieht, ist das Material ein äußerst reichhaltiges und die Behandlung im Einzelnen läßt überall das ernste Bestreben erkennen, den Thatsachen in vorurtheilsfreier Weise gerecht zu werden; das beste Zeugnis, das man einer Zeitschrift dieser Art ausstellen kann. Alles in Allem verspricht das „Sozialpolitische Zentralblatt“ eine vorzügliche Quelle für die Kenntnis und richtige Beurtheilung der Thatsachen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet zu werden und für Jeden, der sich mit diesen Fragen ernsthaft befaßt, ein hochwillkommener Helfer. Wir können unseren Lesern das neue Unternehmen mit gutem Gewissen warm empfehlen, umso mehr als der Preis von 3 M pro Quartal im Verhältnis zu dem Gebotenen (Jeden Montag erscheint eine Nummer) ein durchaus mäßiger ist.

„Hamburger Echo“.

Briefkasten.

Herrn Dieblich (u. verw. Berufsgenossen) in Hamburg. Da ich noch nie behauptet habe, daß bei den Metallarbeitern ein handwerksmäßiger Betrieb nicht vorhanden ist, so brauche ich auch den von Ihnen verlangten Beweis nicht zu führen. Da aber Ihr Verband den stolzen Titel für Schlosser und Maschinenbauer führt, so haben Sie wohl die Freundlichkeit, zu beweisen, daß bei den in Betracht kommenden Berufen der handwerksmäßige Betrieb noch eine vorherrschende und entscheidende Rolle spielt. „Handwerksmäßiger Maschinenbau“

zumal wäre eine schöne Gegenb. Bevor es Ihnen gelingt, mein „Kann“ in ein „muss“ umzuwandeln, erfährt man wohl auch, was aus dem so pompös angekündigten „Kartell“ geworden ist.

Anzeigen etc., welche erst am Dienstag Abend oder Mittwoch Früh zu treffen, können in die Nummer der betreffenden Woche keine Aufnahme mehr finden.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ausbach. Montag, 18. Jan., Abends 8 Uhr im Verkehrslokale zum ewigen Licht Mitgliederversammlung. L.D. wird im Lokal bekannt gegeben.

Bremen. (Sektion der Klempner u. b. W.) Montag, 18. Januar, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Starckenstr. 3, Mitglieder-Versammlung. — Allen reisenden Verbandsmitgliebrn zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung Abends von 7-8 Uhr, Sonn- und Festtage von 11-12 Uhr, Donnerstags, Starckenstr. 3, ausbezahlt wird.

Bielefeld. Sonntag, 17. Jan., Winterfest, wozu die Mitglieder eingeladen sind. — Folgende Mitglieder sind unter Mitnahme von Büchern aus der Bibliothek abgereist: E. Droste, Schlosser; Uffenkamp, Schlosser; Schewig, Schlosser.

Breslau. (Sekt. b. Klempner.) Sonntag, 17. Jan. im Vereinslokale Sonnenstr. 1, Mittags von 12-2 Uhr Mitgliederversammlung. L.D.: Klassenbericht, Wahl einer Bibliotheks-Kommission. Verschiedenes.

Baden-Baden. Samstag, 16. Januar, Abends 8 Uhr Generalversammlung. L.D.: Neuwahl der Verwaltungsausschüsse und Verschiedenes. Sämtliche mit Beiträgen rückständige Kollegen werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Darmstadt. Samstag, 16. Jan., Abends 7/8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal zur „Stadt Nürnberg“. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. Vortrag: „Arbeiter-Schutzgesetz“. Verschiedenes. Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden auf den § 3 des Statuts aufmerksam gemacht. — NB. Sämtliche Mitglieder werden ersucht, ihre Adresse in der Mitglieder-Versammlung oder bei dem Bevollmächtigten Hr. Wurm, Große Bachgasse Nr. 2, wegen Aufstellung einer Wohnungsliste anzugeben.

Ehrenfeld bei Köln. Jeden Montag halb 9 Uhr Sitzung. Nächste 18. Januar. L.D.: Korrespondenz, Besprechung des allg. Gewerkschafts-Kongresses. Anträge der Mitglieder. Fragekasten. Verschiedenes.

Eilenburg. Sonnabend, 23. Januar, 8 1/2 Uhr im Gasthof zur „Stadt Leipzig“, Mitglieder-Versammlung. Die L.D. wird in der Versammlung bekannt gegeben. Auch machen wir die Kollegen auf die am Sonntag, den 17. Jan., Nachmittags 3 1/2 Uhr im Gasthof zur „Stadt Leipzig“ stattfindende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung aufmerksam.

Hamburg. (Sektion aller in Selbstregierungen, Gürtlereien und Metalldrehereien beschäftigten Arbeiter.) Mittwoch, 20. Januar, Abends halb 9 Uhr, bei von Salzen, Kaffeemacherreihe 6-7, Mitglieder-Versammlung.

Homburg. Montag, 18. Jan., Abends halb 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal zur „Stadt Kassel“.

Hamburg. (Sektion der Klempner.) Haupt-Versammlung am Dienstag, 19. Jan., Abends 8 1/2 Uhr bei Wöhle, Valentinskamp, oberer Saal. — NB. Wir bitten sämtliche über 4 Wochen ruhende Beiträge an eine der folgenden Zahlstellen einzuzahlen: Für Darmstadt bei H. Beneke, Defenichstr. 22, Hinterhaus 1. Etage. Für Hohenfeld, Borsfelde bei A. Brüggemann, Baustraße 25, Haus 32 Part. Für den Hammerbrook bei: St. Wöhl, Grönerdeich 69, 2. Et. Für St. Pauli: H. Hauschild, Marktstr. 111, Haus 24, 2. Et. Für Elmshöfen: J. Möleke, Märthastraße 37, 3. Et., und im Bureau der Sektion Schoppenstehl 22. In Obigem machen wir noch besonders auf § 3 des Verbandsstatuts aufmerksam.

Heilsbrunn. Montag, 11. Jan., Versammlung im Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen und die rückständigen Beiträge zu entrichten. Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen.

Höchst a. M. Da verschiedene Mitglieder sich geweigert haben, ihre Bücher zur Revision vorzulegen, so fordern wir jeden auf, es längstens bis zum 16. ds. Mts. abzuliefern, andernfalls wir ihn hiezu veranlassen. Auch machen wir noch auf die rückständigen Beiträge aufmerksam.

Leipzig. Sonntag, 17. Jan., Nachmittags 4 Uhr, Gemeinschäftliche Mitglieder-Versammlung der beiden hier bestehenden Verwaltungskomitees in der Wirtschaft „Zur Eiche“, Gledenstr. 50

(hintere Seite). L.D.: Berichterstattung der beiden Bevollmächtigten. Bericht über die angezeigten Reiseunterstützungen von Anauft bis Ende Dezember. Regelung des Herbstwesens. Verschiedenes.

Leipzig. Montag, 18. Januar, Versammlung im „Holländer“. L.D.: Geschäftliche Mitteilung. Vortrag, Referent: Drei. Diskussion.

Leipzig. Mittwoch, 20. Januar, Abends 8 Uhr im Margast, Leberstr. 3, Versammlung. L.D.: Abrechnung für November und Dezember. In dieser Versammlung findet eine Bücherausgabe nicht statt und sind alle der Bibliothek entnommenen Bücher an diesem Abend betreffs Revision abzuliefern.

Leipzig. Sonntag, 17. Jan., Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn A. Schwabe Mitglieder-Versammlung. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Klassenbericht. Wahl neuer Ortsbeamten. Verschiedenes.

Leipzig. Gemeinsame Versammlung sämtlicher Sektionen am Sonnabend, 23. Januar, Abends halb 9 Uhr bei Hoke, Brauneckstraße 8. L.D.: Diskussion über die Resolution des Vorstandes betreffs des Gewerkschafts-Kongresses in Halberstadt. Regelung des Zeitungswesens. Allgemeine Angelegenheiten. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es bringende Pflicht der Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Mürnberg. (Sektion der Heizer.) Sonntag 17. Jan., Nachm. im „Weißen Elefanten“, Fohlsstr.

Mürnberg. (Sektion der Metallbrüder.) Vorschlag in die Restauration Gg. Fleißner, Galgenhofstr. Nr. 41.

Mürnberg. (Sektion der Metallschläger.) Samstag, 23. Jan., im Contumazgarten großer Maskenball. Anfang 8 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich maskirt zu erscheinen.

Mürnberg. (Sektion der Reibzeugindustrie.) Sonntag, 17. Jan., Vorschlag in die Bauer'sche Wirtschaft, Schloßergasse. Der Arbeitsnachweis befindet sich wieder bei Zantner, Tuchstraße. Arbeit wird vermittelt Sonntag früh 11-12 Uhr, Dienstag und Donnerstag Abends 8-9 Uhr.

Mürnberg. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, 24. Jan. Nachmittags 4 Uhr, Vorschlag in die Wirtschaft zum Welschland von Bleib in der Jaragasse.

Mürnberg. (Sektion der Roth- und Glockengießer.) Sonntag, 31. Jan., Vorschlag in die Restauration Wöhler, St. Johannisstraße.

Mürnberg. (Sektion der Zinggießer.) Unsere auf Montag, den 18. Jan. fallende Monatsversammlung findet nicht statt.

Ostlitz. Die hiesige Verwaltungsstelle feiert am 17. Jan. im Lokale Wohlgenuth einen gemütlichen Abend, wozu alle Mitglieder eingeladen werden.

Offenbach. (Allg.) Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung von jetzt ab Abends von 7-8 Uhr in unserer Zentralwerkberge zur „Stadt Heidelberg“ ausbezahlt wird. Auch befindet sich der Arbeitsnachweis hieselbst.

Regensburg. Unser Vereinslokal befindet sich im „Regensburger Hof“, wo auch jeden zweiten Sonnabend im Monat die Versammlungen abgehalten werden. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Kaffier Persch, Donaustr. D 86, von Morgens 8 bis 10 Uhr und Nachmittags 2-4 Uhr, Sonntags 9-10 Uhr.

Reutlingen. Sonntag, 17. Jan., Abends 7 Uhr, gemütliche Zusammenkunft bei Gustav Eichenlohr, Wirth Federsee.

Siegen. Nächste Mitglieder-Versammlung Sonntag, 24. Jan., Nachmittags 4 Uhr bei Wirth Hundt, Sieghütte.

Schw.-Smünd. 16. Januar, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal „Gasthaus zum Storch“. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht.

Sörting. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines Monats im Lokale des Herrn Friz Karsten statt.

Zwickau i. S. Infolge der schlechten Bezahlung der Beiträge soll die für nächsten Sonnabend anberaumte öffentliche Versammlung um 8 Tage verschoben werden und am Sonnabend, den 23. d. M., Abends 8 Uhr im Restaurant „Biederer“ stattfinden. L.D.: Wahl der Revisoren. Vorlegung der Abrechnung für die Monate Nov. und Dez. Wahl eines Vertrauensmannes. Allgemeine Diskussion über Verbandsangelegenheiten. Bericht der Revisoren über vorgenommene Revision. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher mitzubringen. Die Wahl eines Vertrauensmannes macht sich notwendig, weil der bisherige in Folge anderweitiger gewerkschaftlicher Verpflichtungen sein Amt niederlegt. Die Mitglieder werden außerdem ersucht, sich reger an Zahltagen einzufinden und wird ausdrücklich auf § 3 Abs. 6 hingewiesen.

Am 24. Jan. wird in obiger anntem Lokale Familienabend abgehalten werden.

Vernburg. Sonnabend, 23. Januar, Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im großen Zimmer der Schloß-Brauerei. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Vernburg. Sonntag, den 17. Januar, Nachmittags 8 Uhr, Metallarbeiter-Versammlung im Saale der Stadt Leipzig. L.D.: Die bevorstehende Metallarbeiter-Konferenz der Provinz Sachsen. Referent (?) aus Halle. Ev. Wahl von Delegirten.

Leipzig. (Metallarbeiter-Verein.) Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats Mitglieder-Versammlung in den Volkshallen, Kreuzstraße. Verkehrslokal und Herberge Schwätzshof, Gerichtsweg.

Mürnberg. (Verein der Feingoldschläger.) Montag, 25. Jan., Abends 8 Uhr, in der Beck'schen Wirtschaft, Sibitzgasse, Steinbühl, Mitglieder-Versammlung. Anfang präzis 8 Uhr.

Penig. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 16. Januar, Abends 8 Uhr, General-Versammlung im Schützenhaus. L.D.: Halbjährliche Rechnung. Statutenänderung. Neuwahl des Gesamtvorstandes. Diskussion. Fragekasten.

Wurzen. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 16. Januar, Abends 8 Uhr, Versammlung in Stadt Wien. L.D. wird im Lokal bekannt gegeben.

Anzeigen.

Feilenbauerei-Verkauf.

In einer gewerblichen Oberamtsstadt des Württembergers Oberlandes, habe im Auftrage eine ausgezeichnete Feilenbauerei zu verkaufen. Dieselbe befindet sich auf bestem Plage dortselbst und ist die einzige in dieser Stadt, welche 5000 Einwohner zählt. Preis hiervon ist 6500 M. Anzahlung und Bedingungen günstig. Es wäre hier einem strebsamen Mann Gelegenheit geboten, sich eine sichere Existenz zu gründen. Nähere Auskunft erteilt Josef Löwenstein, Laupheim.

Der Former Adam Peter Schäfer aus Offenbach wird ersucht, seinem Versprechen nachzukommen. A. Singelmann, Kuchstraße 3 Braunschweig.

Wir machen hierdurch bekannt, daß der Former Rudolf Zorn, geb. am 29. Oktober 1871 zu Jägerndorf (Oesterreich-Schlesien), eine Anzahl Betrügeleien an Kollegen und Unterdrückung eines Betrages vom Fond der hiesigen Former verübt und sich heimlich von hier entfernt hat. Derselbe hat sich wahrscheinlich nach Leipzig gewendet, und wir ersuchen die Kollegen Deutschlands, sollte sich derselbe irgendwo blicken lassen, es uns umgehend mitzutheilen. Die Former zu Halle a. S.

Aufforderung. Wermt soverer von den Klempner Karl Gernersky aus Radom, jetzt unbekanntem Aufenthalte, auf, seinen Verpflichtungen gegen die Verwaltungsstelle Magdeburg halbigst nachzukommen. Der Klempner Gustav Benzel aus Hamburg, wird ebenfalls um Angabe seiner Adresse gebeten. Alle Vorstände der Verwaltungsstellen, welche Auskunft über oben genannte Personen erteilen könnten, werden ersucht, mir umgehend Nachricht zukommen zu lassen. R. Uhlta.

Bur Maifeier
und sonstigen Feste empfehle den Parteigenossen und verehrl. Fachvereinen
Fahnen
(in roth) mit diversen Sinnprüchen und Aufschriften in allen Preislagen — vom gewöhnlichen Wollbis zum feinsten Seidenstoff — die Stickereien in Gold, Silber (acht oder halbhacht), Seide oder Wolle. Die Fahnen werden auf Wunsch komplett, mit Stange, Spitze, Traggurt, Ueberzug etc. oder auch ohne diese Zubehörs geliefert. Ebenso empfehle Fahrabänder, Schärpen und Abzeichen. Anfragen werden sofort beantwortet. Bestellungen rechtzeitig erbeten.
Fran M. Grillenberger.
Gold-, Silber- und Seidenstickerei.
— Nürnberg. —

In unserem Verlage ist erschienen:
Herrn Eugen Richters
Bilder aus der Gegenwart.
Eine Entgegnung von Franz Mehring.
Herr Richter für sein die Sozialdemokratie „vernichtendes“ Machtwort „Sozialdemokratische Zukunfts-Bilder frei nach W. bei“, das mit dem ganzen Apparat der gesammten Bourgeoispreffe als ein „Meisterwerk“ antizipalischer Dichtung ausgetrommelt wurde, eine äußerst unangenehme, der deutschen Arbeiterwelt eine angenehme und nützliche Weihnachtsgabe überreicht zu haben, dieses Zeugnis kann dem Verfasser der soeben erschienenen, 4 Bogen starken Broschüre, die den oben angeführten Titel trägt, ausgestellt werden. Unbarmherziger ist noch nie ein ökonomischer Nichtswisser in seiner ganzen Zämmlichkeit der ganzen denkenden Welt gezeigt worden, als es Herr Richter in diesem geistvoll geschriebenen, von gelundem Humor und ähender Satire streuenden Schriftchen geschieht, das die deutschen Arbeiter nicht minder massenhaft verbreiten werden, als die Bourgeoisie das Erzeugniß Richter'scher „Dichtkunst“ verbreitet hat.
Die Schrift kostet im Buchhandel ord. 30 Pfennig, **Wiederverkäufer erhalten höchst lohnenden Rabatt.** **Verlesen u. c.**, welche größerer Posten zur Massenverbreitung beziehen, räumen wir außerordentlich günstige Bezugsbedingungen ein.
Die Bestellungen werden nach der Reihenfolge des Einlaufs effektirt.
Bestellungen umgehend erbeten.
Nürnberg, Mitte Dezbr. 1891.
Wörlein u. Comp.

Die Entschädigungs-Ansprüche
der Arbeiter bei Unfällen
Zusammenstellung der nach den Entschädigungen des Reichsversicherungs-Aktes den Verletzten bewilligten Entschädigungen, nebst Einleitung, erhaltend:
Die wesentlichsten Bestimmungen des Unfallversicherungs-Gesetzes.
Die 43 Seiten starke Broschüre ist für jeden in den dem Unfallversicherungs-Gesetze unterworfenen Betrieben beschäftigten Arbeiter von außerordentlicher Wichtigkeit. Demzufolge haben wir den Preis auf
15 Pfennige
pro Exemplar herabgesetzt.
Verlag der „Volkstimme“,
Langbeuberg, Schmiedestraße 5/6.

Protokoll
des allgemeinen Deutschen Metall-Arbeiter-Kongresses
und der
Kongresse der Klempner, Schlosser, Former, Feilenhauer und Mechaniker
zu Frankfurt a. M. 1891.
7 1/2 Bogen (124 Seiten). Preis 20 Pf.
Bestellungen sind umgehend zu richten an den „**Deutschen Metallarbeiter-Verband**“, Stuttgart, Kurze Str. 3.
Quittungs-Marken
und
Kautschuck-Stempel-Fabrik
von
Jean Holze, Hamburg,
Gr. D. u. Dahn 45.
Seit 12 Jahren in jeder Hinsicht bewährte
Zentral-Arranken-Kassen
und ca. 5000 Stellen und Vereine Deutschlands, Ost- u. Amerika.
Beste Bezugsquelle.
Schnellste Bedienung.
Solide Preise.
Der Versand geschieht portofrei.